

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Deutsche Konjunktur zieht wieder an

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1999) : Deutsche Konjunktur zieht wieder an, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 3, pp. 280-317

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2318>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsche Konjunktur zieht wieder an

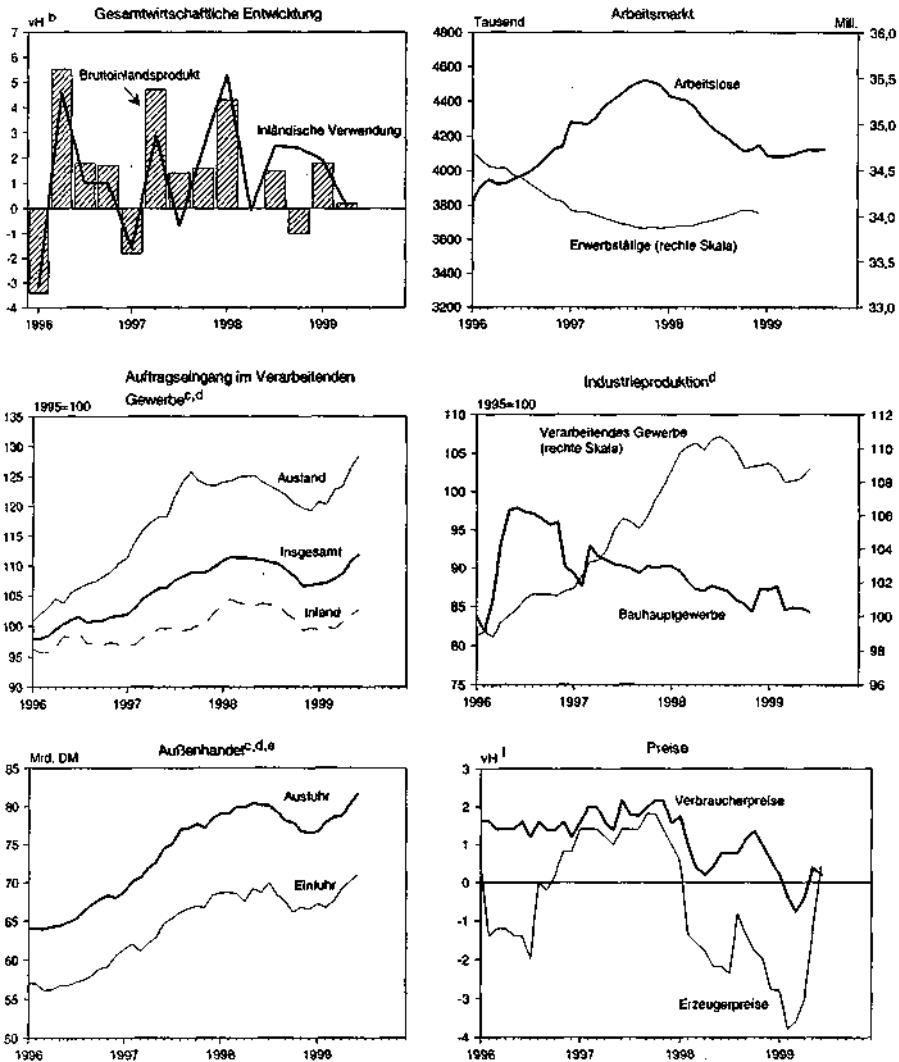
Von **Alfred Boss, Katja Gerling, Jan Gottschalk, Christophe Kamps, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt** und **Hubert Strauß**

Die deutsche Konjunktur hat in den vergangenen vier Quartalen eine Periode geringer Dynamik durchlaufen. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im ersten Halbjahr 1999 saison- und arbeitstäglich bereinigt nur mit einer laufenden Jahresrate von 0,7 vH zu, nachdem es im Halbjahr zuvor mit 0,5 vH expandiert war (Schaubild 1). Diese Zuwachsraten lagen deutlich unterhalb jener des Produktionspotentials, welches mit knapp 2 vH gewachsen sein dürfte (Schaubild 2a). Ursache der konjunkturellen Eintrübung war der starke Rückgang der Exportnachfrage, von dem die Industrie naturgemäß besonders stark betroffen war (Schaubild 2b). Zwischen Juli 1998 und März 1999 lagen sowohl die Auftrags-eingänge aus dem Ausland als auch das tatsächliche Exportvolumen unter ihrem Niveau im zweiten Quartal 1998 und dämpften die Produktion vor allem im Verarbeitenden Gewerbe. Mit den verschlechterten Absatz- und Ertragsersparungen im Auslandsgeschäft trübte sich das Geschäftsklima merklich ein (Schaubild 2c). Die Binnennachfrage wurde in den vergangenen beiden Halbjahren mit laufenden Raten von 1,6 bzw. 1,8 vH nur geringfügig langsamer ausgeweitet als das Produktionspotential, wobei im laufenden Jahr vor allem die Ausweitung der Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen und die Zunahme des privaten Verbrauchs die Binnenkonjunktur stützten. Der Anstieg der verfügbaren Einkommen und die günstigen monetären Rahmenbedingungen dürften wesentlich dazu beigetragen haben, daß die außenwirtschaftliche Flaute nicht noch tiefere Spuren im Konjunkturbild hinterließ.

Mittlerweile erholt sich die Weltwirtschaft von den Krisen des vergangenen Jahres (Gern et al. 1999a). Die Aussichten für die deutsche Ausfuhr haben sich deutlich verbessert, zumal die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Waren durch die niedrige Bewertung des Euro begünstigt wird. Mit der anhaltenden Belebung der Auslandsnachfrage wird die Konjunkturabschwächung noch in diesem Jahr überwunden werden. Insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe kündigt sich eine erhebliche Beschleunigung des Produktionsanstiegs an. So nahm das Volumen der Auftrags-eingänge im vergangenen Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 13 vH zu und übertraf damit erstmals seit einem dreiviertel Jahr wieder seinen Vorjahresstand. Dabei wurde die Dynamik wesentlich durch die Auslandsorders getragen. Überdies schätzten die Unternehmen das Geschäftsklima im vergangenen Quartal zum ersten Mal seit Beginn der Konjunkturflaute wieder etwas besser ein als im Vorquartal. Dieser Optimismus dürfte sich in einer erhöhten Investitionsbereitschaft niederschlagen.

Die Konjunkturabschwächung hat auch auf dem Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen. Zahlen zur Beschäftigung für das Jahr 1999 liegen aufgrund der Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung zwar noch nicht vor, wegen des Anstiegs der Arbeitslosigkeit ist aber davon auszugehen, daß die Zahl der Be-

Schaubild 1: Indikatoren³ zur Konjunktur in Deutschland

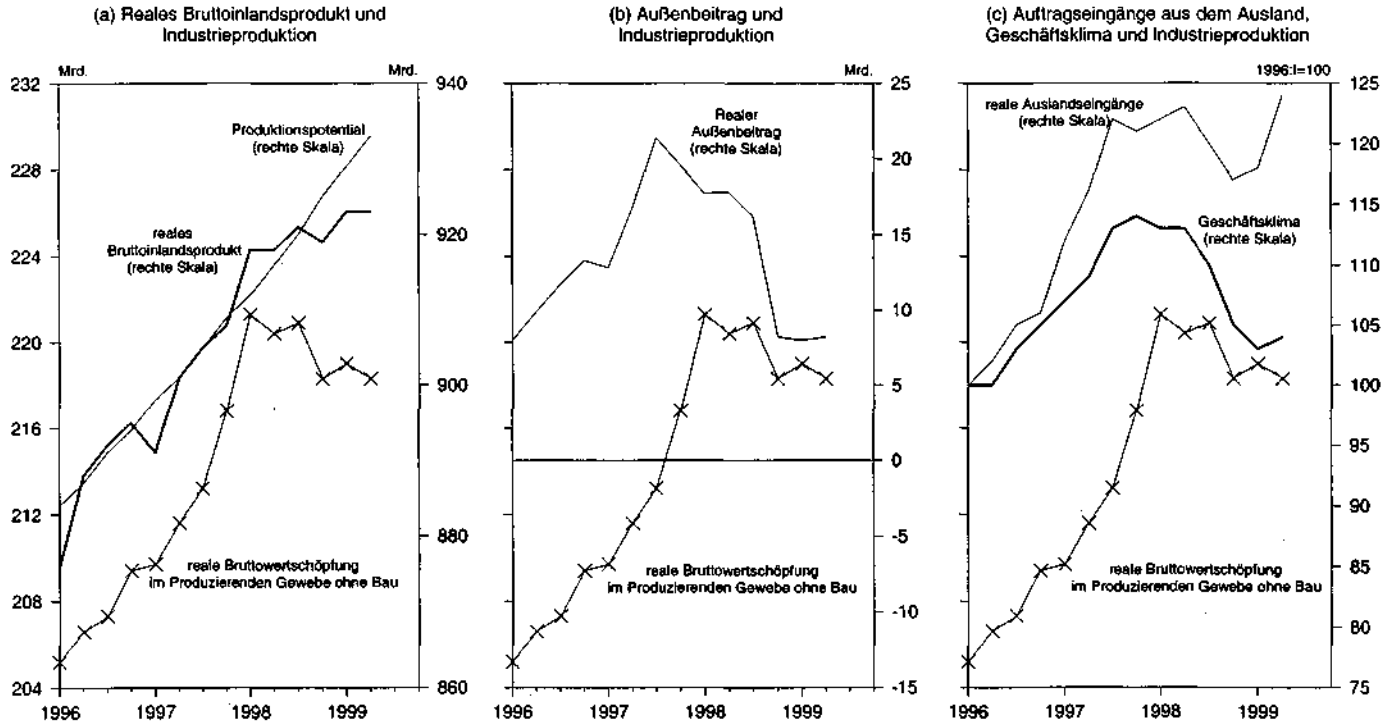


³ Saisonbereinigt. - ⁴ Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vH. - ⁵ Real. - ⁶ Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ⁷ Waren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - ⁸ Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

schäftigten abgenommen hat. Mit der Konjunkturerholung ist allerdings auch bei der Arbeitskräftenachfrage mit einer leichten Belebung zu rechnen.

Die Verbraucherpreise zogen im Gefolge der stark gestiegenen Preise für Rohöl leicht an. Mit Veränderungsraten von zuletzt knapp 1 vH im Vergleich zum Vorjahr ist das Preisklima allerdings immer noch ruhig.

Schaubild 2: Bruttoinlandsprodukt und Industrieproduktion während der jüngsten Konjunkturabschwächung^a



^aSaison- und arbeitstäglich bereinigt. Produktionspotential berechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters.

Geldpolitik weiterhin anregend

Die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland sind weiterhin günstig. Die kurzfristigen Zinsen liegen bei einem Hauptrefinanzierungssatz der EZB von 2,5 % auf sehr niedrigem Niveau. Anregungen gehen außerdem von der niedrigen Bewertung des Euro aus, dessen Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar Anfang September bei etwa 1,05 \$/Euro lag. Allerdings sind im Zuge der Konjunkturerholung in Euroland und mit dem Zinsanstieg in den Vereinigten Staaten die langfristigen Zinsen in den vergangenen Monaten kräftig gestiegen. Sie befinden sich mittlerweile mit etwa 5 % wieder auf dem Niveau vor Einsetzen der Zinsbaisse im Sommer letzten Jahres. Die Kredite an Unternehmen und Selbständige sind im Juni erstmals seit Jahresbeginn wieder spürbar teurer geworden. Gleichwohl sind die Kapitalmarktzinsen nominal wie real derzeit immer noch unter ihrem langjährigen Mittelwert. Die monetären Rahmenbedingungen wirken weiterhin anregend auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität.

Wir erwarten, daß die EZB die Leitzinsen in diesem Jahr auf dem gegenwärtigen Niveau beläßt, sie allerdings zu Beginn und im weiteren Verlauf des nächsten Jahres erhöht. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte gegen Ende 2000 um etwa einen dreiviertel Prozentpunkt höher liegen als heute (Gern et al. 1999b). Die Kapitalmarktzinsen werden im gleichen Zeitraum bis in die Nähe eines Satzes von 6 % anziehen. Hinsichtlich des nominalen effektiven Wechselkurses des Euro nehmen wir an, daß er auf dem gegenwärtigen Niveau bleibt.

Finanzpolitik auf leicht restriktivem Kurs

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 1999 rascher als das nominale Produktionspotential steigen. Die Abgaben (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) werden ähnlich kräftig zunehmen; dazu trägt bei, daß die Steuerentlastungen zur Förderung der Investitionen in den neuen Bundesländern reduziert worden sind. Insgesamt wird die Finanzpolitik im Jahr 1999 in etwa neutral wirken; das strukturelle Budgetdefizit dürfte geringfügig abnehmen.

Im Jahr 2000 dürften die konjunkturbereinigten Ausgaben des Staates trotz der Sparmaßnahmen des Bundes¹ mit fast 2,5 vH expandieren. So werden die Konsumausgaben des Staates wohl um knapp 3 vH zunehmen. Die Sozialleistungen dürften trotz einiger Kürzungen im Rahmen des Sparpakets um rund 1,5 vH steigen; dazu trägt die Anhebung des Kindergeldes um knapp 4 Mrd. DM bei (Tabelle 1). Insgesamt wird die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand im kommenden Jahr – bei einer Zunahme des nominalen Produktionspotentials um rund 3 vH – die Ausweitung der Gesamtnachfrage dämpfen.

Die zahlreichen Steuerrechtsänderungen, die zum Jahresbeginn 2000 in Kraft treten, werden per saldo die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ebenfalls etwas beeinträchtigen. Zwar sind die Steuersätze im Rahmen der Steuer-

¹ Vgl. hierzu den Abschnitt „Das Sparpaket der Bundesregierung: Wende in der Ausgabenpolitik“.

Tabelle 1: Auswirkungen geplanter steuer- und sozialabgabenpolitischer Maßnahmen auf die öffentlichen Haushalte 2000 und 2001 (Mrd. DM)

	2000	2001
Anhebung des Kindergeldes ^a	-3,8	-3,8
Einführung eines Kinderbetreuungsfreibetrages (3024 DM je Jahr für Kinder unter 16 Jahren)	.	-1,5
Streichung der Abziehbarkeit der Kinderbetreuungskosten	.	0,2
Erhöhung der Mineralölsteuer (6 Pf. je Liter im Jahr 2000, 12 Pf. je Liter im Jahr 2001)	4,0	8,2
Anhebung der Stromsteuer (0,5 Pf. je kwh im Jahr 2000, 1 Pf. je kwh im Jahr 2001)	1,1	2,3
Senkung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung auf 19,1 vH bzw. 18,9 vH ^b	-7,0 ^c	-10,5 ^c
Reform der Unternehmensbesteuerung	0,9	-10,5
Sonstige Rechtsänderungen ^d	-0,2	-1,2
Insgesamt	-5,0	-16,8
Nachrichtlich: Steuerreformpaket vom März 1999	-2,1	-0,6

^a Das Kindergeld wird in den Haushalten des Bundes, der Länder und der Gemeinden als negatives Steueraufkommen, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Sozialleistung verbucht. - ^b Die Mindereinnahmen der Rentenversicherung werden durch die Anhebung des Bundeszuschusses (2000 um 1,5 Mrd. DM, 2001 um 7,5 Mrd. DM) nur teilweise ausgeglichen. - ^c Eigene Schätzung. - ^d Vor allem Abschaffung einzelner im März 1999 beschlossener Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer.

Quelle: BMF (1999a).

reform vom März 1999 gesenkt worden,² den Mindereinnahmen durch die Steuersatzsenkungen stehen aber Mehreinnahmen in fast gleichem Umfang infolge der Verbreiterung der Basis der Einkommen- und der Körperschaftsteuer gegenüber. Zudem werden die Abschreibungsregelungen im Vorgriff auf die Reform der Unternehmensbesteuerung etwas verschärft; die Reform soll nach den derzeitigen Plänen der Bundesregierung erst zum Jahresbeginn 2001 in Kraft treten.³ Schließlich werden die Mineralölsteuer und die Stromsteuer mit Wirkung ab 1. Januar 2000 angehoben, um Finanzmasse zur Finanzierung einer Senkung des Beitragssatzes in der Gesetzlichen Rentenversicherung zum gleichen Zeit-

² Der Grundfreibetrag bei der Einkommensbesteuerung wird abermals angehoben; der Eingangsteuersatz wird um einen Prozentpunkt auf 22,9 vH, der Spitzensteuersatz von 53 auf 51 vH gesenkt. Die maximale Belastung gewerblicher Einkünfte wird um zwei Prozentpunkte auf 43 vH verringert.

³ Vgl. hierzu den Abschnitt „Zur geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung“.

punkt zu gewinnen. Insgesamt wird die Steuerbelastung im Jahr 2000 etwas zunehmen, die Belastung durch die Beiträge wird aber deutlich sinken. Die Senkung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung wirkt den nachfragedämpfenden Effekten der Ausgabenkürzungen und der Steuererhöhungen entgegen, kompensiert diese Effekte aber nicht. Damit dürfte die Finanzpolitik im kommenden Jahr leicht restriktiv wirken.

Lohnrunde 2000: Beschäftigungssicherung rückt wieder in den Vordergrund

Die Lohnrunde 1999 stand im Zeichen der Durchsetzung eines tarifpolitischen Nachholbedarfs aus den Jahren 1996 bis 1998. Die ausgeprägte Lohnzurückhaltung in diesen Jahren war eine direkte Folge des sehr hohen Abschlusses im Jahr 1995, als die 35-Stunden-Woche eingeführt worden war. Verstärkt durch eine kräftige Aufwertung der D-Mark hatte dies 1996/97 große Beschäftigungsverluste nach sich gezogen. In der Lohnrunde im Frühjahr 2000 dürfte die Beschäftigungsförderung die Hauptrolle spielen.

Die Pilotfunktion in der Lohnrunde 2000 wird abermals von der Metallindustrie übernommen werden.⁴ Die Ausgangsposition für die IG Metall ist im Frühjahr 2000 insofern nicht ungünstig, als die konjunkturelle Belegung sich bis dahin in moderaten Beschäftigungsgewinnen niedergeschlagen haben wird. Im Vergleich zu den Beschäftigungsgewinnen wird die registrierte Arbeitslosigkeit noch wesentlich stärker zurückgehen, wobei die Schrumpfung des Arbeitsangebots die Hauptrolle spielt. Demgegenüber beinhaltet die Verschlechterung der Terms of trade eine deutliche Einengung des gesamtwirtschaftlichen Verteilungsspielraums. Unter diesen Voraussetzungen kann die Reallohnsicherung für die Arbeitnehmer als Untergrenze des Abschlusses angesehen werden. Angesichts des prognostizierten Anstiegs des Preisindex des privaten Verbrauchs würde dies eine Lohnanhebung von 1,6 vH bedeuten. Mit Blick auf die allgemeine Konjunkturlage sowie die Situation am Arbeitsmarkt erwarten wir eine moderate Reallohnverbesserung von einem Prozentpunkt,⁵ so daß mit einem Abschluß in der Metallindustrie von insgesamt 2,6 vH für 12 Monate (ab 1. März 2000) gerechnet wird.

Für die anderen Tarifbereiche werden fast durchgehend ebenfalls deutlich niedrigere Abschlußraten im Vergleich zur laufenden Lohnrunde erwartet, so beispielsweise im Öffentlichen Dienst 2,2 vH ab 1. April 2000. Die Erhöhung wird sogar nur 1,6 vH betragen, wenn man die im Sparpaket der Bundesregierung enthaltene Anhebung der Beamtengehälter um nur 0,7 vH berücksichtigt. Lediglich in der Bauwirtschaft werden die Tarifierhebungen im Jahr 2000 etwas höher ausfallen (1999: 1,6 vH; 2000: 1,8 vH), weil sich in diesem Sektor zumindest in Westdeutschland die Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung mehren. Auch im

⁴ Dabei dürfte das Thema einer weiteren Arbeitszeitverkürzung ausgespart bleiben, da der Manteltarifvertrag über die 35-Stunden-Woche erst zum Jahresende 2000 ausläuft.

⁵ Im Durchschnitt der Jahre 1997–1999 erzielten die Arbeitnehmer in der Metallindustrie auf tariflicher Basis einen Kaufkraftgewinn von 1,3 vH.

ostdeutschen Baugewerbe dürfte es nach der Nullrunde in 1999 im kommenden Jahr wieder eine leichte Anhebung der Tarifföhne geben.

Auf Jahresbasis wird sich der Anstieg des Tarifflohn- und -gehaltsniveaus je Stunde in der Gesamtwirtschaft von 3,1 vH im laufenden Jahr auf 2,2 vH im Jahr 2000 ermäßigen. Der Produzentenreallohn würde sich bei der prognostizierten Steigerungsrate des Deflators des Bruttoinlandsprodukts (1 vH) um 1,2 vH erhöhen. Veranschlagt man die Zunahme der Grenzproduktivität der Arbeit⁶ für das nächste Jahr auf 1,5 vH, so bleiben noch 0,3 Prozentpunkte als Anstoß für eine Ausweitung der Beschäftigung.

Kräftige Belebung der Ausfuhr

Die deutsche Wirtschaft hat sich von dem tiefen Einbruch der Auslandsnachfrage erholt, der im Schlußquartal 1998 zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion geführt hatte. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen nahmen im Verlauf des ersten Halbjahres 1999 mit einer laufenden Jahresrate von 6,2 vH zu und haben nunmehr wieder ihr Niveau vom Sommer 1998 erreicht. Die Wende wurde maßgeblich von der Überwindung der Rezession in den südostasiatischen Krisenländern sowie in Japan geprägt, wohin die Lieferungen erstmals seit anderthalb Jahren wieder gesteigert werden konnten. Auch die Ergebnisse im Handel mit den EU-Ländern zeigten zuletzt eine deutliche Aufwärtstendenz. Darüber hinaus expandierte der Absatz in die Vereinigten Staaten außergewöhnlich kräftig. In den vergangenen Jahren hat der US-amerikanische Markt für deutsche Exporteure sehr an Bedeutung gewonnen; so lagen die Warenlieferungen dorthin zur Jahresmitte um rund 70 vH über ihrem Wert von Anfang 1996, und ihr Anteil an der Gesamtausfuhr ist inzwischen auf 10 vH geklettert.

Im Prognosezeitraum wird sich die Belebung der Ausfuhrfähigkeit im Vergleich zum ersten Halbjahr verstärken. Darauf deuten nicht nur die wesentlich optimistischeren Geschäftserwartungen der Exportunternehmen, sondern auch der breitere Strom von Bestellungen aus dem Ausland hin; letztere übertrafen von April bis Juli ihr Niveau im vorangegangenen Viermonatszeitraum um knapp 6,5 vH. Insbesondere Investitionsgüter werden viel stärker nachgefragt als zuvor. Getragen von einer fast überall expansiven Geldpolitik sowie von der deutlichen Besserung des weltwirtschaftlichen Umfeldes wird sich der Produktionsanstieg bei den wichtigsten Handelspartnern der Bundesrepublik spürbar beschleunigen (Gern et al. 1999a). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sich ausgehend von ihrem hohem Niveau nur noch geringfügig verbessern. Die bisherige kräftige Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, dem japanischen Yen und dem Pfund Sterling wird der Ausfuhr noch bis in die erste Hälfte des kommenden Jahres spürbare Impulse verleihen. Alles in allem wird der Export sein Vorjahresvolumen in diesem Jahr um 3 vH und im Jahr 2000 um 7,4 vH übertreffen.

⁶ Die vom Sachverständigenrat bis 1998 berechnete Grenzproduktivität der Arbeit, die allerdings noch nicht auf das ESGV 1995 umgestellt worden ist, wurde bis zum Jahr 2000 fortgeschrieben.

Wegen der relativ kräftigen Inlandsnachfrage sind die Importe im ersten Halbjahr 1999 stärker gestiegen als die Exporte. Im Prognosezeitraum wird die beschleunigte Expansion der Ausfuhren auch die Einfuhrdynamik erhöhen. In diesem Jahr werden die Einfuhren um 5 vH, im kommenden Jahr um 6,2 vH zunehmen.

Bei den Außenhandelspreisen haben sich die ausgeprägten Rückgänge, die im Jahr 1998 zu beobachten waren, in diesem Jahr nicht fortgesetzt. Im Zuge stark anziehender Rohstoffnotierungen – der Preis für Erdöl hat sich seit dem Beginn des Jahres in etwa verdoppelt – und infolge des deutlichen Kursverfalls des Euro gegenüber dem US-Dollar sind insbesondere die Einfuhrpreise in den zurückliegenden Monaten kräftig gestiegen. Im Prognosezeitraum werden sich die Importe nicht mehr so stark verteuern wie zuletzt. Zwar beschleunigt sich mit dem weltweiten Anstieg der Erzeugerpreise der Preisauftrieb bei importierten Halbwaren und Fertigerzeugnissen, doch werden sich die Notierungen für energetische Rohstoffe nur noch geringfügig erhöhen, und der Euro wird gegenüber dem US-Dollar nicht weiter abwerten. Alles in allem wird der Deflator der Einfuhr im Durchschnitt des Jahres 1999 wegen des außerordentlich tiefen Niveaus zu Jahresbeginn nochmals um 0,3 vH sinken und im kommenden Jahr um 3 vH anziehen. Bei der Ausfuhr wird auf eine geringfügige Verbilligung (um 0,1 vH) im laufenden Jahr eine Verteuerung um 1,7 vH im Jahr 2000 folgen. Die Terms of trade verschlechtern sich von ihrem jüngsten Höchststand Ende 1998 bis Ende 2000 um insgesamt 3 vH.

Investitionsaufschwung setzt sich fort

Nachdem die Investitionen in Ausrüstungsgüter sich in den vergangenen Jahren wegen der im Wiedervereinigungsboom geschaffenen Überkapazitäten eher verhalten entwickelt hatten, setzte im vergangenen Jahr ein kräftiger Aufschwung ein. Allerdings wurden seit der zweiten Jahreshälfte 1998 Befürchtungen laut, der Investitionsaufschwung könnte infolge der weltwirtschaftlichen Turbulenzen sowie durch höhere steuerliche Belastungen des Unternehmenssektors nach dem Regierungswechsel ein abruptes Ende finden. Damit würde sich, so die Befürchtungen, eine ähnliche Entwicklung wie in den Jahren 1994/95 wiederholen, in denen zunächst auch eine deutliche Erholung der Investitionstätigkeit nach der Rezession 1992/93 eingesetzt hatte, die dann aber abbrach, nachdem sich die Ertragsaussichten infolge von sehr hohen Tarifabschlüssen, einer kräftigen Aufwertung der D-Mark und stark gestiegenen langfristigen Zinsen erheblich verschlechtert hatten.

Zu den Indikatoren, die seit dem Sommer vergangenen Jahres maßgeblich auf eine spürbare Abschwächung der Investitionsdynamik hindeuteten, gehörten der Rückgang der inländischen Auftragseingänge im Investitionsgütergewerbe und die deutliche Verschlechterung der Geschäftserwartungen. Beide Indikatoren erreichten im ersten Quartal dieses Jahres ihren Tiefpunkt und haben sich seitdem kräftig erholt. Dies deutet darauf hin, daß eine anhaltende Beeinträchtigung der Investitionsdynamik nun wohl auszuschließen ist. Wesentlich für die Aufhellung des Investitionsklimas ist, daß die Exportaussichten sich in den letzten Monaten spürbar verbessert haben, so daß die dämpfenden Einflüsse auf die Absatzerwartungen von dieser Seite wegfallen werden. Die inländische Nachfrage hat sich trotz der

Unsicherheiten über die künftige weltwirtschaftliche Entwicklung ohnehin als robust erwiesen, wozu nicht zuletzt die expansive Geldpolitik beigetragen hat. Da die monetären Rahmenbedingungen weiterhin anregend wirken werden, ist für den Prognosezeitraum mit einer insgesamt kräftigen Nachfrageentwicklung zu rechnen. Dies kommt auch in den Ifo-Umfragen zu den Investitionsmotiven zum Ausdruck, nach denen im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe die Kapazitätserweiterungen im Jahr 1999 wie auch schon im vergangenen Jahr das vorrangige Investitionsziel sind. Die Unternehmensteuerpläne der Bundesregierung sind in der Zwischenzeit auch klarer geworden. Es zeichnet sich ab, daß unter Berücksichtigung der bereits zu Jahresbeginn beschlossenen Maßnahmen der Nettoeffekt auf den Unternehmenssektor gering sein wird. Die vorgesehene Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten wird im Prognosezeitraum zu Vorzieheffekten führen, in den Folgejahren werden die Unternehmen für die verbreiterte Bemessungsgrundlage durch niedrigere Steuersätze kompensiert.

Ein tendenziell dämpfender Einfluß auf die Investitionstätigkeit geht von den gestiegenen langfristigen Zinsen aus. Allerdings spiegelt der Anstieg zum wesentlichen Teil höhere Inflationserwartungen wider, so daß der Realzinsanstieg weniger stark ausfällt. Belastet wurde das Investitionsklima auch durch die vergleichsweise hohen Lohnabschlüsse in diesem Jahr. Aber sowohl der Zinsanstieg als auch die Lohnanhebungen sind deutlich geringer als 1994/95, so daß von dieser Seite keine nennenswerte Gefahr für den Investitionsaufschwung droht. Alles in allem erwarten wir, daß die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr um 8 vH und im nächsten Jahr um 5 vH zulegen werden. Die Preise werden dabei 1999 in der Grundtendenz stagnieren und nächstes Jahr etwas anziehen.

Die Investitionen in sonstige Anlagegüter, die vor allem Investitionen in Software und in Datenbanken umfassen, entwickeln sich seit 1998 besonders lebhaft, was vermutlich auf die Vorbereitungen auf den Jahrtausendwechsel zurückzuführen ist. Während die Investitionen in diese Produktgruppe zwischen 1992 und 1997 durchschnittlich um 7 vH expandierten, nahmen sie 1998 um 15 vH zu. Für dieses Jahr erwarten wir eine weitere Beschleunigung auf 18 vH; nächstes Jahr wird sich die Expansion wohl abflachen, sie bleibt aber mit 10 vH überdurchschnittlich, da vermutlich nicht alle Umstellungsarbeiten terningerecht abgeschlossen werden.

Bei den Bauinvestitionen spricht vieles dafür, daß die seit 1995 anhaltende Abwärtsbewegung nun zu einem Ende gekommen ist. Die Auftrageingänge im Bauhauptgewerbe und die erteilten Baugenehmigungen haben schon zum Jahreswechsel 1997/98 ihren Tiefpunkt erreicht und sich seitdem in der Grundtendenz wieder erhöht. Anders als im vergangenen Jahr ist nun auch bei der Bauproduktion die Wende geschafft. So gingen die Bauinvestitionen im ersten Halbjahr 1999 im Vergleich zur Vorperiode nicht weiter zurück.⁷ Trotz dieser Wende bei den

⁷ Die Entwicklung im ersten Halbjahr verlief sehr unstetig. Die starke Zunahme im ersten Quartal von 8 vH (laufende Jahresrate) ist vor allem auf die milde Witterung zurückzuführen, die das Vorziehen von Bauprojekten ermöglichte. Der Rückgang um 8 vH im zweiten Quartal entspricht also nicht der konjunkturellen Grundtendenz. Es ist daher zweckmäßig, das erste Halbjahr insgesamt zu betrachten.

Bauinvestitionen ist für den Prognosezeitraum nicht mit einem starken Aufschwung zu rechnen. Zwar dürfte die anhaltend kräftige Ausweitung der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte die Wohnungsbauinvestitionen stützen und die Wirtschaftsbauminvestitionen profitieren von der gestiegenen Bedeutung der Erweiterungsinvestitionen; die Trendwende bei den Hypothekenzinsen wirkt im Prognosezeitraum aber dämpfend. Hinzu kommt, daß die Erholung der Baukonjunktur auf die alten Bundesländer beschränkt ist. Die Bauinvestitionen in den neuen Ländern sind angesichts hoher Leerstände in der Grundtendenz weiter rückläufig.⁸

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Verlauf dieses Jahres um knapp 1 vH zunehmen. Allerdings werden sie aufgrund des niedrigen Niveaus zu Jahresbeginn den Durchschnitt des Jahres 1998 noch nicht wieder erreichen, sondern um rund 1,5 vH unterschreiten. Für das nächste Jahr erwarten wir einen Anstieg um 1 vH. Mit dem leichten Anziehen der Baukonjunktur wird der seit 1996 anhaltende Rückgang der Baupreise – in diesem Jahr werden sie um 0,5 vH nachgeben – im Jahr 2000 zum Stillstand kommen.

Verbrauchskonjunktur gewinnt an Schwung

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte wurden im ersten Halbjahr 1999 verlangsamt ausgeweitet; im Vergleich zum zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres stiegen sie mit einer laufenden Jahresrate von 1,4 vH. Zwar erhielt der private Verbrauch Impulse von den kräftigen Tariflohnerhöhungen und diversen finanzpolitischen Maßnahmen; gleichzeitig gingen jedoch die Gewinn- und Vermögenseinkommen deutlich zurück. Tendenziell dämpfend dürfte zudem der im ersten Halbjahr zu beobachtende kontinuierliche Rückgang des Verbrauchervertrauens gewirkt haben, in dem sich wohl vor allem die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Unsicherheit über den Kurs der Rentenpolitik widerspiegelt hat.

Für das zweite Halbjahr 1999 ist mit einer deutlichen Beschleunigung des Expansionstempos zu rechnen. Angesichts einer nicht weiter rückläufigen Beschäftigung wird die Zuversicht der Konsumenten wieder steigen, so daß das Vorsichtsmotiv für eine erhöhte Ersparnisbildung in den Hintergrund tritt. So dürfte der private Verbrauch in der zweiten Jahreshälfte etwas rascher expandieren als die im Durchschnitt dieses Jahres deutlich zunehmenden real verfügbaren Einkommen. Zum Jahresende dürfte der private Verbrauch zudem einen leichten Schub von den vorgezogenen Käufen erhalten, welche aufgrund der zum 1. Januar 2000 in Kraft tretenden erneuten Anhebung der Energiesteuern getätigt werden. Insgesamt werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte 1999 das Niveau des Vorjahres um 1,8 vH übertreffen.

Die Perspektiven für eine deutliche Ausweitung des privaten Verbrauchs sind im kommenden Jahr günstig. Mit der Belebung der Konjunktur wird die Zahl

⁸ Für eine Analyse der Situation in der ostdeutschen Bauwirtschaft siehe auch das Kapitel „Die ostdeutsche Wirtschaft zehn Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick und Ausblick“.

der Erwerbstätigen steigen, so daß sich auch bei moderaten Lohnzuwächsen eine deutliche Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter ergibt. Noch stärker expandieren werden die Nettolöhne angesichts weiterer Entlastungen der privaten Haushalte bei der Einkommensteuer und bei den Beiträgen zur Sozialversicherung. Der Anstieg der Transfereinkommen wird aufgrund der Aussetzung der Nettolohnbindung bei der Rentenanpassung und Einsparungen bei den Sozialleistungen geringer als in diesem Jahr ausfallen. Im Gegensatz dazu steht eine im Zuge der Nachfragebelebung kräftige Expansion der Gewinn- und Vermögenseinkommen. Insgesamt erwarten wir für 2000 eine Ausweitung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um knapp 4 vH; unter Berücksichtigung der Verteuerung der Lebenshaltung ergibt sich eine reale Zunahme um knapp 2,5 vH. Der private Verbrauch wird bei einer sich leicht erhöhenden Sparquote um 2,1 vH steigen.

Moderater Preisauftrieb

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich in den vergangenen Monaten leicht verstärkt. Dazu trugen anziehende Notierungen an den internationalen Rohstoffmärkten, der Rückgang des Außenwertes der D-Mark sowie die Erhöhung der Mineralölsteuer und die Einführung einer Stromsteuer zum 1. April 1999 bei. Die Verteuerung von Erdöl und Mineralölprodukten schlug sich im zweiten Quartal 1999 in den Einfuhrpreisen nieder, welche erstmals seit Ausbruch der Asienkrise im Sommer 1997 deutlich stiegen. In der Folge zogen auch die Erzeugerpreise an, und der Preisauftrieb bei den Energieträgern wurde offenbar weitgehend auf die Verbraucher überwälzt. So nahmen die Verbraucherpreise im zweiten Quartal 1999 mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 vH zu; ohne Berücksichtigung der Preise für Energieträger blieb das Preisniveau konstant.

In den kommenden Monaten dürfte sich der Preisauftrieb an den internationalen Rohstoffmärkten fortsetzen, wenn auch in abgeschwächtem Tempo, so daß bei dann weitgehend konstantem Außenwert der D-Mark von den Importpreisen weiterhin Druck auf die Verbraucherpreise ausgeht. Für den Durchschnitt des Jahres 1999 rechnen wir angesichts des niedrigen Niveaus des Preisindex zu Jahresbeginn mit einer Verteuerung der Lebenshaltung um 0,7 vH. Im kommenden Jahr wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise leicht beschleunigen. Neben der Zunahme der Einfuhrpreise werden auch die gestiegenen Lohnstückkosten und die von uns für den 1. Januar 2000 unterstellte Anhebung der Energiesteuern ihren Niederschlag in höheren Erzeugerpreisen finden, deren Überwälzung angesichts der guten Verbrauchskonjunktur gelingen dürfte. Dämpfend werden sich jedoch die in Folge der Öffnung des Strommarktes und der weiteren Liberalisierung des Marktes für Telefondienstleistungen⁹ zu erwartenden Preissenkungen auswirken. Insgesamt rechnen wir für 2000 mit einer Teuerungsrate von 1,6 vH.

⁹ Die Preise für Telefondienstleistungen lagen im Durchschnitt der Monate Januar bis August 1999 um 11,4 vH unter ihrem Vorjahresniveau. Dieser Rückgang hat den Anstieg der Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 0,2 Prozentpunkte gedrückt.

Konjunkturelle Belebung erfaßt den Arbeitsmarkt nach der Jahreswende

Die Aufhellung des Konjunkturbildes seit der Jahresmitte hat erwartungsgemäß noch nicht zu einer Beschäftigungserhöhung geführt. Dies entspricht dem zyklischen Muster, das sich im Einstellungsverhalten der Unternehmen nach dem deutschen Vereinigungsboom herausgebildet hat: Auf einen konjunkturellen Abschwung wird verhältnismäßig rasch mit Entlassungen reagiert, während bei einem Aufschwung Neueinstellungen im allgemeinen hinausgezögert werden durch vermehrte Überstunden, den Abbau von Kurzarbeit, Leistungsverdichtung sowie durch die zunehmende Nutzung des Instruments der flexiblen Arbeitszeit (Arbeitszeitkonten). Zwar sind direkte Aussagen über die Entwicklung der Gesamtbeschäftigung in Deutschland im bisherigen Verlauf dieses Jahres wegen der Neugestaltung des Meldeverfahrens in der Sozialversicherung immer noch nicht möglich. Der in der Grundtendenz geringfügige Anstieg der saisonbereinigten Zahl der registrierten Arbeitslosen in Gesamtdeutschland von Januar bis August 1999 läßt jedoch vor dem Hintergrund eines stark schrumpfenden Arbeitsangebotes¹⁰ auf eine leicht rückläufige Zahl von abhängig Erwerbstätigen im Inland schließen. In den alten Bundesländern, wo die registrierte Arbeitslosigkeit saisonbereinigt vor allem im Juli und August deutlich gesunken ist, konnte der Beschäftigtenstand wahrscheinlich gehalten werden. Hierauf deutet auch die starke Zunahme der Zahl der Kurzarbeiter gegenüber dem Vorjahr seit Mai dieses Jahres hin, durch die Entlassungen vor allem von qualifizierten Arbeitskräften vermieden werden sollen. In Ostdeutschland ist demgegenüber die registrierte Arbeitslosigkeit von Januar bis August saisonbereinigt um rund 7 vH angestiegen. Dies signalisiert insbesondere deswegen Beschäftigungsverluste, weil die beschäftigungschaffenden Maßnahmen (BSM) seit Jahresbeginn kontinuierlich zurückgeführt worden sind (von Januar bis August um mehr als 14 vH). Außerdem geht auch hier das Arbeitsangebot zurück.

Durch die Umwandlung von Neben- bzw. Zweitbeschäftigungen in sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigungsverhältnisse auf Teil- oder Vollzeitbasis infolge der Neuregelung der „630-DM-Jobs“ vom April dieses Jahres hat

¹⁰ Allerdings hat sich das Angebot an abhängigen Arbeitskräften seit Ende 1998 nicht in dem Maße vermindert, wie von uns noch im Frühjahr prognostiziert worden war (Tabelle 2). Dies liegt in erster Linie daran, daß wegen der Ereignisse im Kosovo die Rückführung von bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen nicht, wie von uns zunächst unterstellt, in diesem Frühjahr abgeschlossen werden konnte. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß sich die starke Abnahme der Zahl der aus den GUS-Staaten eingereisten, deutschstämmigen Aussiedler seit diesem Frühjahr nicht weiter fortgesetzt hat. Die Zahl der Neuanträge auf Anerkennung als Aussiedler ist sogar erstmals seit Anfang der neunziger Jahre wieder deutlich über das Vorjahresniveau gestiegen. Hier zeigen sich die verzögerten Auswirkungen besonders der Rußlandkrise, von der auch die angrenzenden GUS-Staaten nicht ganz verschont geblieben sind. Zusätzlich dürfte auch eine Rolle gespielt haben, daß sich 1998 in Deutschland die Arbeitsmarktlage spürbar entspannt hatte. Mit einer Rückführung der verbliebenen gut 100 000 bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge wird nicht vor dem Jahr 2000 gerechnet. Ebenso erwarten wir erst für das nächste Jahr, nach einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland, daß der Zustrom von Aussiedlern wieder sinken könnte, wobei allerdings auch der Ausgang der russischen Präsidentschaftswahlen von Bedeutung sein wird.

nach den bisher vorliegenden Informationen die Abnahme der Zahl der abhängig Beschäftigten nur wenig gebremst werden können. In letzter Zeit mehren sich allerdings die Anzeichen dafür, daß ein Teil der betroffenen Unternehmen auch auf Zeitarbeitskräfte auszuweichen versucht, wodurch neue Dauerarbeitsplätze entstehen könnten. Dabei wird es für die Zeitarbeitsfirmen vielfach allerdings außerordentlich schwierig sein, genügend gut eingearbeitetes Personal mit Berufserfahrung insbesondere im Bereich höherer Qualifikationen zu finden.

Im Zuge der konjunkturellen Belebung im Sommer 1999 wird der Beschäftigungsabbau im Verlauf des dritten Quartals zum Stillstand kommen. Im Winterhalbjahr 1999/2000 wird die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen erneut steigen, wenn auch zunächst noch etwas verhalten. Ein kräftigerer Zuwachs ist erst ab dem Frühjahr 2000 wahrscheinlich, wobei auch von den niedrigen Lohnabschlüssen insbesondere im Pilotbereich Metall sowie von der Senkung der Lohnnebenkosten durch die Herabsetzung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung (Arbeitgeberanteil) positive Anstöße zu erwarten sind. Wegen des sehr hohen Niveaus Ende des vergangenen Jahres wird die Zahl der Erwerbstätigen im Inland 1999 ihr Vorjahresniveau noch um 0,4 vH übertreffen (Tabelle 2). Für das kommende Jahr wird ein Anstieg um gut 0,3 vH prognostiziert. Der Beschäftigtenprognose liegt die Annahme zugrunde, daß in den neuen Ländern die BSM weiter zurückgefahren werden zugunsten von Vollzeit-Weiterbildungsmaßnahmen,¹¹ wenn auch mit stark abnehmender laufender Rate.

Der vorausgeschätzten, nur mäßigen Vergrößerung der Zahl der abhängig Erwerbstätigen im Inland von knapp 180 000 Personen im Zeitraum 1998–2000 stünde bei konstantem Anteil der stillen Reserve an der gesamten Arbeitslosigkeit wegen des vorwiegend demographisch bedingten Schrumpfens des Angebots an abhängigen Arbeitskräften (Schätzung: gut 650 000 Personen) eine Abnahme der registrierten Arbeitslosigkeit um rund 640 000 Personen gegenüber. Unserer Prognose liegt jedoch die Annahme zugrunde, daß die geplante Aufhebung des Beschäftigungsverbots für Asylbewerber im Herbst 1999 realisiert wird.¹² Dadurch wird der Anteil der stillen Reserve an der gesamten Arbeitslosigkeit – entgegen dem zyklischen Muster – im kommenden Jahr weiter abnehmen, der Anteil der registrierten Arbeitslosigkeit steigen. Dies hat zur Folge, daß die registrierte Arbeitslosigkeit von 1998 bis 2000 mit knapp 10 vH bzw. 420 000 Personen deutlich weniger reduziert wird als die gesamte Arbeitslosigkeit (–15 vH bzw. –835 000 Personen).

¹¹ Diese sind seit dem November 1998 zwar ebenfalls kontinuierlich eingeschränkt worden. Insbesondere der anhaltende Strukturwandel in Ostdeutschland läßt jedoch eine baldige Umkehr dieser Tendenz erwarten.

¹² Nach dem Beschäftigungsverbot für neu eingereiste Asylbewerber vom Mai 1997 sind diese, sofern sie arbeitswillig und arbeitsfähig sind, ausnahmslos der stillen Reserve zugerechnet worden. Eine Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylbewerber im Herbst dieses Jahres zugunsten eines Zugangs zum deutschen Arbeitsmarkt nach einer Wartezeit von sechs Monaten zöge mit einer erheblichen, vor allem institutionell bedingten Verzögerung im Verlauf des kommenden Jahre einen starken Anstieg der Zahl der als arbeitslos registrierten Asylbewerber zu Lasten der stillen Reserve nach sich. Eine eingehende Analyse dieses Effekts wird im Rahmen der Konjunkturprognose zum Jahresende vorgelegt werden.

Tabelle 2: Revidierte^a Arbeitsmarktpolitik in Deutschland 1997–2000 (1000 Personen)

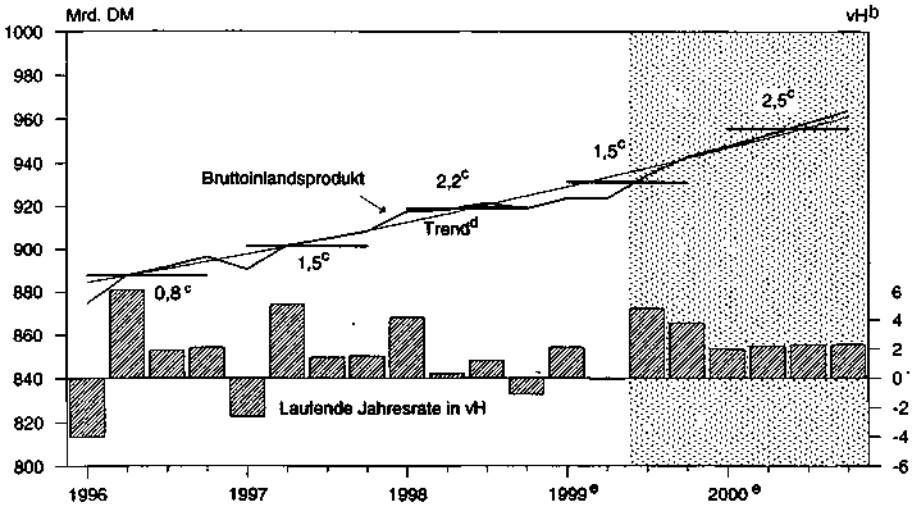
	1997	1998	1999	2000
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) (A) nachrichtlich:	31 947	32 001	32 112	32 179
Kurzarbeiter	183	115	125	117
BSM in Ostdeutschland ^b	235	315	360	328
Pendlersaldo	62	64	64	65
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	31 885	31 937	32 048	32 114
Selbständige ^c	3 918	3 998	4 029	4 085
Erwerbstätige insgesamt (Inland)	35 865	35 999	36 141	36 264
Geschätztes Potential an abhängigen Arbeitskräften (Inland) (B) nachrichtlich:	37 731	37 566	37 286	36 910
Differenz zur Frühjahrsprognose ^b	–	+9	+45	–39
Gesamte Arbeitslosigkeit ^d	5 784	5 565	5 174	4 730
Registrierte Arbeitslosigkeit	4 393	4 279	4 099	3 862
Stille Reserve ^e	1 391	1 286	1 075	868
Stille Reserve in vH der gesamten Arbeitslosigkeit	24,0	23,1	20,8	18,4
Arbeitslosenquote ^f	10,9	10,6	10,2	9,6

^a Angepaßt an die Revision der Beschäftigtenzahlen durch das Statistische Bundesamt im Rahmen der Umstellung auf das ESVG 1995, die eine Neuberechnung des Angebots an abhängigen Arbeitskräften erforderlich macht. – ^b BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM). – ^c Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^d (B)–(A). – ^e Im engeren Sinne, d.h. vor allem ohne Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Fortbildung und Umschulung, Sprachkursen oder Rehabilitationsmaßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben. Nicht zum Potential und damit nicht zur stillen Reserve werden auch die Bezieher von Altersübergangsgeld (Ost), und Renten wegen Arbeitslosigkeit im erwerbsfähigen Alter (60–64 Jahre) sowie die Empfänger von Arbeitslosengeld wegen vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gemäß § 428 SGB III gezählt. – ^f Registrierte Arbeitslose in vH der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen. – ^g Im Vorjahresvergleich.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (1999), Statistisches Bundesamt (1995; 1997; 1998; 1999a; 1999b; 1999c), eigene Schätzungen und Prognosen.

Ausblick: Deutliche Beschleunigung der Konjunktur

In den kommenden Monaten wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion deutlich beleben. Die wesentlichen Impulse werden dabei von außenwirtschaftlicher Seite kommen. Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in Europa, die anhaltende Erholung in Asien und die zügige Expansion der wirtschaftlichen Aktivität in den Vereinigten Staaten werden zusammen mit der niedrigen Bewertung des Euro dafür sorgen, daß die Exporte ihre bereits hohe Dynamik verstärken. Die damit verbundene Verbesserung der Absatzerwartungen wird zusammen

Schaubild 3: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^aSaison- und arbeitstäglich bereinigt. - ^bVeranderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. - ^cVeranderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - ^dBerechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filters. - ^oAb 1999 III Prognose.

mit den weiterhin günstigen monetären Rahmenbedingungen die private Investitionsnachfrage stimulieren. Freilich wird die Investitionsbereitschaft etwas durch den Kostenanstieg gebremst, der sich aus den anziehenden Preisen für importierte Vorprodukte, insbesondere für Rohöl, sowie durch die spürbar gestiegenen Tariflöhne ergibt.

Das reale Bruttoinlandsprodukt wird 1999 insgesamt um 1,5 vH steigen (Schaubild 3). Neben starken Zuwächsen der Auslandsnachfrage dürften auch vorgezogene Investitionen in Informationstechnologie während des „Schluspurts“ vor dem Jahrtausendwechsel die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Halbjahr 1999 kräftig beschleunigen. Im Verlauf des Jahres 2000 werden die binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte zunehmend an Bedeutung gewinnen, während sich die Dynamik der Ausfuhr nur wenig reduziert. Das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo wird sich damit im kommenden Jahr erhöhen; in der zweiten Jahreshälfte werden Zuwachsraten deutlich oberhalb der des Produktionspotentials realisiert. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 um 2,5 vH zunehmen (Tabelle 3).

Ostdeutschland wird im Prognosezeitraum gegenüber Westdeutschland nicht an Boden gutmachen können. Insbesondere die Bauproduktion wird ob der bestehenden Überkapazitäten weiterhin nachgeben, allerdings mit etwas geringeren Raten. Die Industrieproduktion wird in den kommenden Monaten bedingt durch einige Großaufträge zunächst leicht zunehmen, gegen Ende des Jahres aber wieder schwächer tendieren. Darauf deutet der ifo-Geschäftsklimaindex hin, der sich im Juli gegenüber dem Vormonat eingetrübt hat. Längerfristig wird die Industrie wieder etwas an Schwung gewinnen. Dies lassen die günstigere Ent-

Tabelle 3: Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1997–2000

	1997	1998	1999 ^a	2000 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	1,5	2,2	1,5	2,5
Erwerbstätige ^c	35 865	35 999	36 141	36 264
Beschäftigte Arbeitnehmer ^c	31 947	32 001	32 112	32 179
Arbeitslose (1000)	4 393	4 279	4 099	3 862
Arbeitslosenquote ^d	10,9	10,6	10,2	9,6
Finanzierungssaldo des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vH)	-2,6	-1,7	-1,7	-1,5
Öffentliche Schulden ^e in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vH)	60,8	60,7	61,1	60,5
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	-2,4	-7,4	-13,0	-12,0
Verbraucherpreise ^f	1,9	1,0	0,7	1,6

^a Prognose. – ^b In konstanten Preisen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^c Im Inland, in 1000. – ^d Registrierte Arbeitslose in vH der Summe aus erwerbstätigen Inländern und registrierten Arbeitslosen. – ^e Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht. – ^f Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999a; 1999b).

wicklung in Westdeutschland wie auch die zunehmende Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Unternehmen auf internationalen Märkten erwarten.

Das Sparpaket der Bundesregierung: Wende in der Ausgabenpolitik?

Die Bundesregierung hat Ausgabenkürzungen beschlossen, um die Neuverschuldung zu verringern und eine Steuerentlastung zu finanzieren.¹³ Bei der Entscheidung wurden zunächst Minderausgaben in Höhe von 30 Mrd. DM im Jahr 2000, etwas größere Beträge für die Jahre 2001 und 2002 und ein Einsparvolumen von 50 Mrd. DM im Jahr 2003 festgelegt. Diese Beträge wurden auf die einzelnen Bundesministerien (Einzelpläne des Bundeshaushalts) aufgeteilt entsprechend den Anteilen der Ausgaben der Ressorts an den für das Jahr 1999 geplanten Ausgaben ohne Zinsen auf öffentliche Schulden (404,2 Mrd. DM). Der Einspareffekt wird gemessen an den für das Jahr 2000 und die Folgejahre fortgeschriebenen Soll-Beträgen des Haushalts 1999.

Die Ausgaben des Bundes werden aus mehreren Gründen in geringerem Maße als behauptet gekürzt. Die für die Jahre 2000 und danach als Referenzwerte angesetzten Ausgabenbeträge sind in einigen Fällen aufgrund fehlerhafter Prognosen überhöht, d.h. höher als ohne gesetzliche Neuregelungen bzw. ohne Eingriffe im Haushaltsvollzug zu erwarten wäre; das gilt beispielsweise für die Zuweisung

¹³ Die Ausgaben des Bundes sollen im Jahr 2000 mit 478,2 Mrd. DM um 1,5 vH niedriger ausfallen als im Jahr 1999 (geplante Ausgaben: 485,7 Mrd. DM).

gen des Bundes an die Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben und für den Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit.¹⁴ Zudem werden Minderausgaben in das Sparvolumen eingerechnet, die bereits vor dem Regierungswechsel beschlossen worden sind und ohnehin anfallen (Beispiel: Kohle-subsventionen); es handelt sich in solchen Fällen nicht um diskretionäre Ausgabenkürzungen. Auch sind zahlreiche Ausgabenkürzungen noch nicht konkretisiert („globale Minderausgaben“, für das Jahr 2000: 5 Mrd. DM vor allem im Verteidigungs- und im Sozialbereich); es ist angesichts des Widerstandes der betroffenen Ressorts zu erwarten, daß es nicht zu Einschnitten im angestrebten Maße (Tabelle 4) kommt.¹⁵

Die Ausgaben des Staates, also des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Sozialversicherung, werden infolge einiger Eingriffe im Rahmen des Sparpakets weniger verringert als die des Bundes allein. Durch mehrere Maßnahmen werden nämlich lediglich Belastungen vom Bund auf die Bundesländer, die Gemeinden oder die Sozialversicherung abgewälzt. So werden die Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger gekürzt mit der Folge, daß die Renten- und die Pflegeversicherung geringere Überschüsse aufweisen oder Reserven auflösen.¹⁶ Zudem werden die Sozialversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende reduziert – mit ähnlichen Folgen für die Sozialversicherung. Auch sollen die (anteiligen) Wohngeldleistungen für Sozialhilfeempfänger (2,3 Mrd. DM im Jahr 2000) den Ländern bzw. den Gemeinden nicht erstattet werden, so daß diese einen geringeren Überschuß aufweisen werden oder Schulden aufnehmen müssen, sofern die Steuern und die Ausgaben nicht variiert werden.

Zu bedeutsamen Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor insgesamt kommt es dadurch, daß die Renten und etliche Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld usw.) in den Jahren 2000 und 2001 nur im Ausmaß der Inflationsrate und nicht gemäß der Nettolohnentwicklung erhöht werden. Beträchtliche Minderausgaben resultieren auch daraus, daß die Beamtengehälter und -pensionen nur entsprechend der Preisentwicklung und nicht im Einklang mit den Tariflöhnen im öffentlichen Dienst angehoben werden.

Insgesamt werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2000 angesichts des Widerstandes der Bundesländer gegen einzelne Maßnahmen wohl um 15 Mrd. DM geringer ausfallen, als dies ohne Sparpaket der Fall gewesen wäre; die Ausgaben des Staates dürften im Jahr 2000 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gleichwohl 48 vH betragen (1998: 48,3 vH).

Durch die Ausgabenkürzungen im Jahr 2000 wird zwar die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kurzfristig gedämpft, Wachstum und Beschäftigung werden aber

¹⁴ Für den Bundeszuschuß im Jahr 2000 sind trotz der Einsparmaßnahmen 9,9 Mrd. DM angesetzt. Der den Einsparbeschlüssen zugrundeliegende Betrag ist – selbst bei ungünstiger Einschätzung der Arbeitsmarktentwicklung – überhöht festgesetzt, wenn man berücksichtigt, daß der Bundeszuschuß im laufenden Jahr rund 8 Mrd. DM betragen dürfte (1998: 7,8 Mrd. DM).

¹⁵ Letztlich ist zu berücksichtigen, daß Einnahmenerhöhungen in das Einsparvolumen eingerechnet werden (Deutsche Bundesbank 1999: 54).

¹⁶ Eine echte Einsparung ergibt sich allerdings in den Jahren, in denen die betreffenden Leistungsempfänger verringerte Altersrenten oder sonstige Renten erhalten.

Tabelle 4: Mindestausgaben des Staates bzw. des Bundes infolge ausgewählter Maßnahmen im Rahmen des Sparpakets der Bundesregierung (Mrd. DM)

	2000	2001
Globale Minderausgaben des Bundes	5,0	5,8
Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe	0,6 ^a	0,7 ^a
Verringerung des Rentenniveaus	4,6 ^b	10,3 ^b
Erhöhung des Wohngeldes	0,0	-1,0
Kürzung von Subventionen		
– Gasölbetriebsbeihilfe	0,0	0,4
– Zuschuß an die Branntweinmonopolverwaltung	0,0	0,1
– Wohnungsbauförderung (Eigenheimzulage)	0,2	0,5
Verringerung der Anpassungssätze bei Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit, bei der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe sowie bei den Leistungen der Kriegsopferversorgung (Inflationsausgleich)	3,0 ^b	5,0 ^b
Reduktion des Personalbestandes beim Bund	0,6 ^b	1,2 ^b
Begrenzung der Lohnerhöhung für Beamte und Richter (und der Anhebung der Pensionen für Versorgungsempfänger) auf 0,7 bzw. 1,6 vH (Inflationsausgleich)	1,8	3,1
Ausgaben für Zivildienstleistende (11 statt 13 Monate)	0,0	0,2
Sonstiges	1,0 ^b	1,5 ^b
Minderausgaben des Staates insgesamt	16,8	27,8
Senkung der Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge des Bundes für Arbeitslosenhilfeempfänger ^c	4,5	4,4
Verringerung der Rentenversicherungsbeiträge des Bundes für Wehr- und Zivildienstleistende	0,5	0,5
Kürzung des Zuschusses an die landwirtschaftliche Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung	0,7	0,5
Nachrichtlich:		
Rentenerhöhung (jeweils am 1. Juli)	0,7	1,6
Verringerung des Satzes der Anhebung der Renten zur Jahresmitte (Prozentpunkte)	2,3 ^b	0,5 ^b

^a Nach Abzug der geschätzten Mehrausgaben bei der Sozialhilfe. – ^b Eigene Schätzung. – ^c Bemessungsgrundlage: Zahlbetrag statt 80 vH des zuvor erhaltenen Bruttolohns.

Quelle: Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts – Haushaltssanierungsgesetz, BMF (1999c), Deutsche Bundesbank (1999), eigene Schätzungen.

tendenziell angeregt. Dazu tragen insbesondere die Subventionskürzungen und die im Vergleich zum Anstieg des durchschnittlichen Nettolohns der Beschäftigten geringere Anhebung einzelner Sozialleistungen sowie die damit verbundene Verringerung der Abgabenbelastung bei (Heitger 1998). Mit der Begrenzung der Anhebung der Gehälter der Beamten und der Richter wird wahrscheinlich erreicht, daß die Tariflöhne im öffentlichen Dienst und im gewerblichen Bereich

in den Jahren 2000 und 2001 schwächer erhöht werden, als dies sonst der Fall gewesen wäre; auch dies wird eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage begünstigen.

Mit dem Sparpaket korrigiert die Finanzpolitik zwar ihren Kurs, eine Wende in der Ausgabenpolitik ist damit aber noch nicht gesichert. Dies wäre anders, wenn ein Rückgang der Ausgaben über einen Mehrjahreszeitraum – verbunden mit deutlichen Kürzungen der Finanzhilfen des Bundes (und der Länder und Gemeinden) an die Unternehmen – angestrebt würde. Tatsächlich soll die Neuverschuldung des Bundes zwar auf 30 Mrd. DM im Jahr 2003 verringert werden, die Ausgaben sollen aber im Zeitraum 2000 bis 2003 um jahresdurchschnittlich fast 2 vH zunehmen (BMF 1999c).

Zur geplanten Reform der Unternehmensbesteuerung

Unternehmensgewinne wurden im Jahr 1998 infolge von Einkommen- und Körperschaftsteuersatzsenkungen und infolge der Abschaffung der Gewerbekapital- sowie der Vermögensteuer niedriger belastet als zu Beginn der neunziger Jahre (Boss 1999). Dabei war die Belastung in Abhängigkeit von der Rechtsform, der Gewinnverwendung und der Einkunftsart unterschiedlich. Im März 1999 sind viele Rechtsänderungen – teilweise mit Wirkung ab Jahresbeginn 1999 – beschlossen worden. Insbesondere sind die Steuersätze verringert worden; dies hatte eine verstärkte Differenzierung der Steuersätze zur Folge (Tabelle 5). Zusammen mit den Steuersatzsenkungen sind zahlreiche Maßnahmen zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen der Einkommen- und der Körperschaftsteuer in Kraft getreten (Boss 1999). Die effektive Gewinnsteuerbelastung ist deshalb weniger stark gesunken und wird in den kommenden Jahren weniger stark abnehmen, als die Steuersatzsenkungen anzeigen. Die Steuerbelastung wird nach geltendem Recht – gemessen an den Verhältnissen in vielen anderen Ländern – hoch bleiben. Nicht zuletzt deshalb soll die Unternehmensbesteuerung reformiert werden.

Die Bundesregierung hat die Grundzüge einer Reform der Unternehmensbesteuerung beschlossen. Basis der Entscheidung waren die Empfehlungen der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung (Kommission 1999). Die Kommission war beauftragt worden, eine rechtsformneutrale Unternehmensteuer zu konzipieren, nach der alle Unternehmenseinkünfte mit einem einheitlichen Steuersatz von höchstens 35 vH belegt werden.

Die Gewinne der Körperschaften (insbesondere Kapitalgesellschaften) sollen nach dem Plan der Bundesregierung ab Jahresbeginn 2001 bei Einbehaltung und bei Ausschüttung durch die Körperschaftsteuer mit 25 vH besteuert werden. Zusammen mit der Belastung durch die Gewerbebeertragsteuer ergäbe sich bei Einbehaltung des Gewinns unter bestimmten Annahmen (Boss 1999), bei Zugrundelegung eines Hebesatzes von 400 vH und bei Vernachlässigung des Solidaritätszuschlags ein Steuersatz von 37,5 vH; einschließlich Solidaritätszuschlag belief sich die Belastung auf 38,7 vH.

Die Möglichkeit inländischer Anteilseigner, die auf Unternehmensebene auf Dividenden gezahlte Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuerschuld anzurechnen, soll beseitigt werden; allerdings sollen Dividenden nur zu 50 vH der persönlichen Einkommensteuer unterworfen werden (Halbeinkünfteverfahren).

Tabelle 5: Gewinnsteuerbelastung^a in Abhängigkeit von der Rechtsform und der Art der Gewinnverwendung (vH)

	1993	1994	1995	1998	1999	2000	2001	2002
Kapitalgesellschaft								
Gewinnthesaurierung	66,2	62,3	64,9	56,2	51,8	51,8	38,7 ^b	38,7 ^b
Vollausschüttung an einen anrechnungsberechtigten Anteilseigner mit einem Steuersatz von								
53 vH/51 vH/48,5 vH	68,2	67,8	70,5	63,1	63,0	61,3	55,2 ^b	54,4 ^b
0 vH	32,3	31,5	34,9	19,2	19,0	19,0	38,7 ^b	38,7 ^b
Einzelunternehmen oder Mitunternehmer								
Gewinnthesaurierung	67,7 ^d	63,1 ^c	65,8 ^c	58,0 ^c	56,2 ^c	54,5 ^c	38,7 ^b	38,7 ^b
Vollausschüttung	67,7 ^d	63,1 ^c	65,8 ^c	58,0 ^c	56,2 ^c	54,5 ^c	55,2 ^d	54,4 ^d
Selbständige ^e	53,0	53,0	57,0	55,9	55,9	53,8	53,8	51,2
Nachrichtlich:								
Maximaler Einkommen- steuersatz	53,0	53,0	53,0	53,0	53,0	51,0	51,0	48,5
Solidaritätszuschlag ^f	0,0	0,0	7,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5

^a Ohne Berücksichtigung von Maßnahmen zur Änderung der Bemessungsgrundlagen der Gewerbeertrag-, der Einkommen- und der Körperschaftsteuer; bis 1995: Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet, d.h. einschließlich Vermögensteuer und Gewerkekapitalsteuer. – ^b Bei einem Körperschaftsteuersatz bzw. Satz für einbehaltene Gewinne von 25 vH. – ^c Annahme: Belastung durch den Höchststeuersatz für gewerbliche Einkünfte. – ^d Annahme: Belastung durch den Spitzensteuersatz. – ^e Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit – ^f Auf die Einkommensteuerschuld.

Quelle: Boss (1999), eigene Berechnungen.

Dies führte dazu, daß die Dividenden eines Einkommensteuerpflichtigen, der dem Spitzensatz unterliegt, deutlich niedriger als bisher belastet werden; dagegen würden die Dividenden an Personen mit geringen Einkommen wesentlich stärker besteuert als bislang.

Der Sondertarif für gewerbliche Einkünfte soll abgeschafft werden. Diese Einkünfte (die Gewinne der Einzelunternehmer und Mitunternehmer) sollen (anders als Einkünfte aus selbständiger Arbeit) bei Nichtausschüttung im Rahmen der Einkommensbesteuerung mit 25 vH besteuert werden; hinzu kommt die Gewerbeertragsteuer. Die Belastung nähme deutlich ab. Ausgeschüttete Gewinne der Personengesellschaften und Einzelunternehmen sollen nach einer Variante des Reformplans wie Dividenden der Kapitalgesellschaften nach dem Halbeinkünfteverfahren belastet werden;¹⁷ die Belastung nähme bei Gültigkeit dieser Variante

¹⁷ Dies ist die gegenwärtig offenbar favorisierte Option. Alternativen sollen geprüft werden.

ebenfalls deutlich ab. Es wird erwogen, Gewerbetreibenden (nicht aber Selbständigen) das Recht einzuräumen, sich nach den Regeln für Körperschaften besteuern zu lassen. Für Einkünfte aus selbständiger Arbeit und für jene aus nichtselbständiger Arbeit sind Steuersatzsenkungen nicht vorgesehen. Es ergäben sich deshalb mit der Reform deutlich vergrößerte Steuersatzunterschiede (Tabelle 5).

Die Abschreibungsmöglichkeiten sollen drastisch eingeschränkt werden, damit sich die Steuermindereinnahmen infolge der Steuersatzsenkungen in Grenzen halten. Im einzelnen ist vorgesehen, den Abschreibungssatz bei gewerblichen Bauinvestitionen (Gebäude im Betriebsvermögen) auf 3 statt 4 vH festzusetzen, die Nutzungsdauer für Ausrüstungsinvestitionen bereits ab Jahresbeginn 2000 generell zu verlängern und die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens auf höchstens 20 statt 30 vH des Betrages bei linearer Abschreibung festzulegen. Zielt man darauf ab, das Einkommen umfassend zu besteuern, so sind die Änderungen bei den Abschreibungsregelungen angezeigt; die Effizienz wird gestärkt, obgleich die Investitionstätigkeit für sich genommen beeinträchtigt wird.

Das gesamte Reformvorhaben erscheint auf den ersten Blick attraktiv. Bei Verwirklichung des Reformvorschlages würde die Belastung der Unternehmensgewinne aus Gewerbebetrieb nennenswert sinken.¹⁸ Mit der Reform würden aber ausgeschüttete Gewinne der Kapitalgesellschaften ohne Anrechnung der auf Unternehmensebene gezahlten Steuer – wenngleich ermäßigt – der Einkommensteuer unterworfen. Eine erhöhte Spreizung zwischen dem Steuersatz für Unternehmen und dem Einkommensteuerspitzensatz bedeutete eine verstärkte Kapitalmarktpaltung, die zusätzliche allokativen Verzerrungen auslöst (vgl. hierzu Wagner et al. 1999 sowie Deutsche Bundesbank 1999: 56).

Auch verteilungspolitisch ist der Vorschlag einer Einheitssteuer von 25 vH für einbehaltene Unternehmensgewinne problematisch. Inländische Aktionäre mit niedrigem Grenzsteuersatz würden bei einer Definitivbesteuerung der Gewinne der Kapitalgesellschaften mehr als bisher besteuert – auch dann, wenn Dividenden bei der Einkommensbesteuerung im Vergleich zur geltenden Regelung bevorzugt behandelt werden. Die Körperschaftsteuer würde zu einer nicht anrechenbaren Definitivsteuer, die sogar jene Anleger trifft, deren Einkommen unterhalb der Freibeträge zur Sicherung des Existenzminimums liegt. Diese Auswirkung der Reform der Unternehmensbesteuerung steht im Widerspruch zu den üblicherweise für angemessen gehaltenen Prinzipien der Besteuerung (wie z. B. dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit).

Ferner sind die geplanten Steuersatzsenkungen unterschiedlichen Ausmaßes vermutlich nicht verfassungskonform. Sie müßten mit einer deutlichen Verringerung des Einkommensteuerspitzensatzes einhergehen. Dies hätte aber drasti-

¹⁸ Körperschaftsgewinne werden z. Zt. bei Einbehaltung mit 40 vH, bei Ausschüttung mit 30 vH (zuzüglich Kapitalertragsteuer und veranlagter Einkommensteuer) besteuert. Gewerbliche Einkünfte werden im Rahmen der Einkommensbesteuerung ab Januar 1999 mit maximal 45 vH, ab Januar 2000 mit maximal 43 vH belastet; die durchschnittliche Belastung gewerblicher Einkünfte durch die Einkommensteuer ist in den meisten Fällen aber weitaus geringer.

sche Steuermindereinnahmen zur Folge, denen Ausgabenkürzungen gegenüberstehen müßten, die politisch offenbar nicht gewollt sind, obwohl sie sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirken würden. Schließlich beinhaltet das Reformpaket keine Ansätze, die Gewerbeertragsteuer abzuschaffen bzw. in eine unter Effizienzaspekten adäquate kommunale Unternehmensteuer zu transformieren. Es wird allerdings erwogen, die Gewerbesteuer in einem weiteren Paket zu reformieren.

Insgesamt hätte die Verwirklichung des Reformpakets eine Vielzahl von Differenzierungen mit entsprechenden Reaktionen der Steuerpflichtigen zur Folge. Die Wirkungen auf Wachstum und Beschäftigung (Effizienz) wären trotz der beabsichtigten Nettoentlastung begrenzt. Sie wären wohl geringer als bei einer allgemeinen Einkommensteuersenkung in gleichem Ausmaß, wie sie beispielsweise durch eine Senkung des Solidaritätszuschlags um zwei Prozentpunkte verwirklicht werden könnte. Die Reform der Unternehmensbesteuerung ist dann akzeptabel, wenn sie ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einer drastischen Senkung der Einkommensteuersätze auch für Arbeitseinkommen ist. Eine solche Steuersatzsenkung wird von der Bundesregierung aber offenbar nicht angestrebt, obwohl die Belastung der Arbeitseinkommen extrem hoch ist, zumal die Belastung durch die Mehrwertsteuer zu berücksichtigen ist.

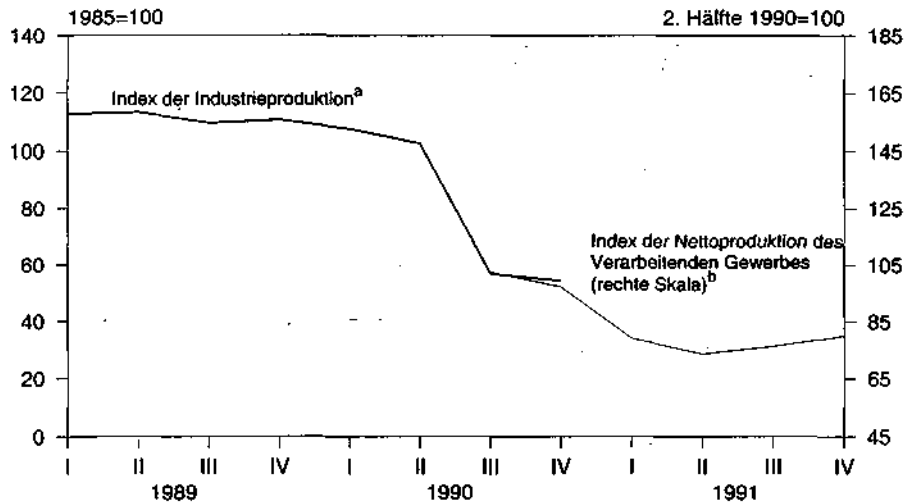
Die ostdeutsche Wirtschaft zehn Jahre nach dem Fall der Mauer – Rückblick und Ausblick

Als zum 1. Juli 1990 der Staatsvertrag zur Errichtung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen den beiden Teilen Deutschlands in Kraft trat, waren die Bedingungen für einen wirtschaftlichen Aufholprozeß Ostdeutschlands alles andere als rosig. Die Wirtschaft der DDR hatte ein schweres Erbe hinterlassen: Ein technologisch veraltetes Produktionspotential, ineffiziente Produktionsmethoden, mangelhafte Produkte und eine Wirtschaftsstruktur, die sich nicht an marktwirtschaftlicher Arbeitsteilung orientierte, führten dazu, daß ein Großteil der ostdeutschen Unternehmen schon nach kurzer Zeit vor dem Aus stand und nur am Tropf staatlicher Hilfen überleben konnte. Daneben trugen auch die Vereinbarungen bei der Währungsumstellung (überhöhte Umtauschrelation für die Ostmark) sowie der kräftige Anstieg der Lohnkosten dazu bei, daß der Einbruch besonders drastisch ausfiel (DIW et al. 1999: 3). So ging der Index der industriellen Warenproduktion unmittelbar nach der Einführung der D-Mark in der DDR um etwa die Hälfte zurück; der Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe, den das Statistische Bundesamt ab der Jahresmitte 1990 berechnete, sank im ersten Halbjahr 1991 nochmals um rund ein Viertel (Schaubild 4).

Die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft war und ist noch immer unzureichend. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist nur wenig mehr als halb so groß wie in Westdeutschland. Zwar konnte Ostdeutschland in der ersten Hälfte der neunziger Jahre gegenüber der westdeutschen Wirtschaft zügig Boden gutmachen; seit 1996 fällt es jedoch wieder leicht zurück (Tabelle 6).

Im Gegensatz zur Produktion haben Verbrauch und Investitionen in Ostdeutschland ein vergleichsweise hohes Niveau erreicht. Nach Inkrafttreten der

Schaubild 4: Industrieproduktion in Ostdeutschland (Vierteljahresdurchschnitte)



^aNach der Betriebssystematik der DDR. Ausgabe 1985. – ^bNach der Systematik der Wirtschaftszweige. Ausgabe 1979.

Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion stiegen privater Verbrauch, Staatsverbrauch und Investitionen stark an und ließen die letzte inländische Verwendung je Einwohner bis 1994 – dem letzten Jahr, für das es amtliche Zahlen über die Verwendungsseite des Sozialproduktes gibt – auf knapp 90 vH des Westniveaus steigen. Ein gutes Drittel davon wurde nicht durch die heimische Produktion gedeckt, sondern über Transfers aus dem Westen und Kapitalimporte finanziert. Da die Produktion seitdem nur noch schwach expandiert hat, dürfte sich diese Lücke inzwischen kaum geschlossen haben (DIW et al. 1999: 5). Dafür spricht, daß die Transfers, die im Zeitraum von 1991 bis 1998 etwa ein Drittel des ostdeutschen nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen, weiter gestiegen sind.

Aufbau eines modernen Kapitalstocks kommt voran

Eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Leistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist der Aufbau eines modernen Kapitalstocks. Hier wurden seit der Wende große Fortschritte erzielt. Im öffentlichen Bereich wurde der Auf- und Ausbau der Infrastruktur von Anfang an rasch vorangetrieben. Die großen Defizite, die gegenüber dem Westen bestanden, dürften in absehbarer Zeit weitgehend behoben sein.

Private Investitionen wurden zunächst nur zögerlich getätigt. Seit Anfang 1991 war die Wirtschaftspolitik jedoch bemüht, Investitionshemmnisse wie ungeklärte Eigentumsverhältnisse und schleppende Planungs- und Genehmigungsverfahren aus dem Wege zu räumen und die Investitionsförderung über Zulagen, Zuschüsse, verbilligte Kredite und Steuervergünstigungen aufzustocken, so daß bald ein kräf-

Tabelle 6: Wichtige gesamtwirtschaftliche Größen im Ost-West-Vergleich 1991–1998 (Westdeutschland = 100)^a

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner	31,3	38,9	47,7	52,3	55,4	56,8	56,7	56,1
Letzte inländische Verwendung je Einwohner	49,1	72,1	82,5	87,6				
Ausrüstungsinvestitionen je Einwohner	63,6	75,3	99,5	111,5	110,2	111,3	102,1	94,2
Bauinvestitionen je Einwohner	67,2	100,9	130,8	163,7	174,5	178,4	175,4	162,1
Privater Verbrauch je Einwohner	50,0	58,7	64,1	67,1	69,6	71,2	72,6	
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer	46,7	60,7	67,9	70,5	72,5	73,6	74,4	73,8
Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	54,7	67,7	75,6	78,3	82,4	84,3	85,4	
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	31,0	43,5	53,1	56,0	57,3	59,4	60,4	59,5
Lohnstückkosten ^b	150,6	139,4	128,0	126,0	126,5	124,0	123,2	124,1

^a Alle Angaben in jeweiligen Preisen. – ^b Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen.

Quelle: DIW et al. (1999), Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg. b), Müller (1998).

tiger Investitionsschub in Gang kam. Im Zeitraum von 1991 bis 1998 sind real insgesamt reichlich 1,1 Bill. DM in ostdeutsche Anlagen investiert worden (Tabelle 7). Obgleich die Investitionstätigkeit seit 1995 rückläufig ist, lagen die gesamten Anlageinvestitionen je Einwohner gerechnet 1998 immer noch um etwa 30 vH über denen in Westdeutschland, bei Bauten sogar um 60 vH (DIW et al. 1999: 80).

Durch die rege Investitionstätigkeit und durch die Aussonderung alter Anlagen dürfte der Modernitätsgrad des Kapitalstocks den westdeutschen Stand inzwischen übertreffen. Die Kapitalausstattung der Arbeitsplätze hinkt aber weiterhin hinterher. Nach unseren Schätzungen beträgt sie derzeit knapp 60 vH des westdeutschen Niveaus. Den Rückstand bei der Arbeitsproduktivität kann dies jedoch nur zu einem Teil erklären. Vor allem in der Industrie gibt es mittlerweile Zweige, so z.B. die Chemische Industrie, die Mineralölverarbeitung, das Papier- und das Holzgewerbe sowie der Schiffbau, in denen sich die Kapitalintensität an die Westdeutschlands angepaßt hat oder sie sogar übertrifft. Diese Bereiche gehören jedoch nicht unbedingt zu denjenigen, in denen die Arbeitsproduktivität im Vergleich zum Westen besonders hoch ist. Hier scheinen noch andere Faktoren eine Rolle zu spielen, wie Defizite in der Betriebsorganisation, Schwierigkeiten beim Marktzugang oder die ungenügende Einbindung in Liefernetzwerke.

Tabelle 7: Investitionen und Anlagevermögen in Ostdeutschland 1991–1998
(in Preisen von 1991)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Anlageinvestitionen (Mrd. DM)	91,8	118,2	137,2	161,9	165,3	163,9	158,2	150,6
Anlageinvestitionen kumuliert (Mrd. DM)	91,8	209,9	347,0	509,0	674,3	838,2	996,4	1146,9
Bruttoanlagevermögen in Mrd. DM	1089,0	1165,0	1247,78	1334,9	1420,3	1499,0	1567,2	1623,8
1991 = 100	100	107	114	122	130	138	144	149
Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen in 1000 DM	148,7	182,4	200,6	210,9	222,1	239,2	257,8	268,2
1991 = 100	100	123	135	142	149	161	173	180
Westdeutschland = 100	38	46	48	49	59	53	55	56

Quelle: Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg. a), DIW (lfd. Jgg.), eigene Schätzungen und Berechnungen.

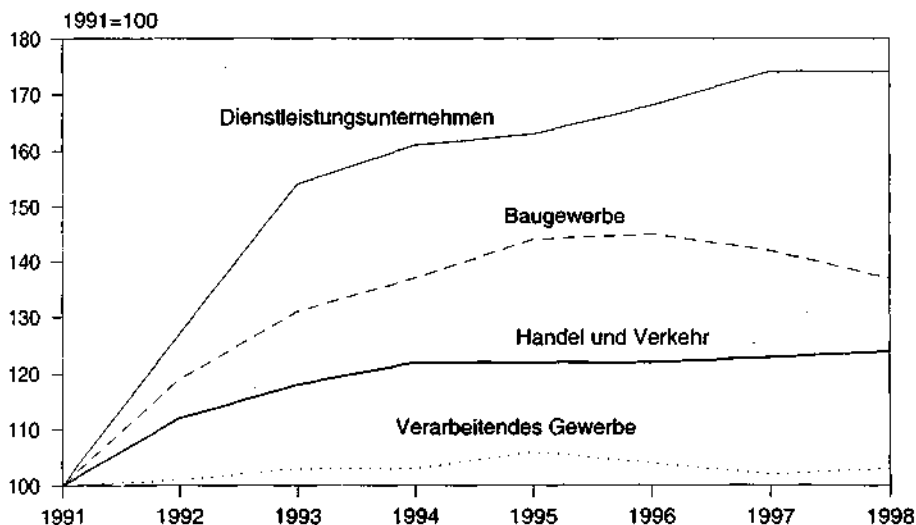
Sie führen dazu, daß die Anlagen vielfach nicht ausgelastet werden (DIW, IfW und IWH 1999: 8).

Wirtschaftsstruktur im Umbruch

Neben dem Aufbau eines modernen Kapitalstocks gehört die Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse der internationalen Arbeitsteilung zu den Herausforderungen für die ostdeutsche Wirtschaft. In der DDR waren die Preise auf Güter- und Faktormärkten weitgehend staatlich bestimmt, und die Spezialisierung orientierte sich an den Vorgaben des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW). Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft wurden die ostdeutschen Unternehmen quasi über Nacht mit Marktpreisen konfrontiert und gerieten unter erheblichen Anpassungsdruck. Vor allem Produzenten von Industriegütern taten sich nach der Wende schwer, da diese Güter wegen ihrer leichten Handelbarkeit starkem internationalen Konkurrenz- und Preisdruck ausgesetzt sind. Dies zeigt sich in der Preisentwicklung seit 1991, die in der Industrie im Vergleich zu anderen Sektoren nur leicht aufwärts gerichtet verlief (Schaubild 5). Produzenten weniger leicht handelbarer Güter wie Bau- und Dienstleistungen besaßen dagegen größere Preissetzungsspielräume und konnten somit stärker von der nach der Wende kräftig expandierenden Nachfrage profitieren (Greiner et al. 1994; Gerling 1998).

Das Verarbeitende Gewerbe, das in der DDR ein sehr großes Gewicht hatte, ist nach 1989 kräftig geschrumpft; es kam zu einer regelrechten Deindustrialisierung. Besonders betroffen waren die stark exportorientierten Branchen wie beispielsweise der Maschinenbau, was die Exportquote im Verarbeitenden Gewerbe zwischenzeitlich bis auf 11 vH (1994) sinken ließ. Inzwischen verzeichnet das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe eine Exportquote von reichlich 18 vH; in Westdeutschland ist sie fast doppelt so hoch.

Schaubild 5: Preisentwicklung in ausgewählten Wirtschaftssektoren in Ostdeutschland



Seit 1995 hat sich die Richtung des Strukturwandels in der ostdeutschen Wirtschaft geändert. Durch die Einschränkung der Wirtschaftsförderung im Wohnungsbau und durch die zunehmende Deckung des Bedarfs an Bauleistungen kam der Bauboom, der bis dahin die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern entscheidend mitgeprägt hatte, zum Ende. Der Abbau von Kapazitäten in der Bauwirtschaft hat seitdem den wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Ländern gebremst. Erst in jüngster Zeit hat sich diese Tendenz etwas verlangsamt. Dennoch ist auch auf mittlere Sicht noch mit einem Abbau von Überkapazitäten zu rechnen, denn der Anteil der Bruttowertschöpfung im Baugewerbe an der gesamten Bruttowertschöpfung ist in Ostdeutschland mit knapp 13 vH noch immer dreimal so hoch wie im Westen.

Inzwischen hat das Verarbeitende Gewerbe die Rolle des Wachstumsmotors in Ostdeutschland übernommen. Die Produktion nahm im Jahr 1998 gegenüber dem Vorjahr um 10 vH zu. Die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen industriellen Basis scheint somit auf den Weg gebracht zu sein. Die Expansion des industriellen Sektors in Ostdeutschland wirkt sich günstig auf die Entwicklung produktionsnaher Dienstleistungsbereiche aus, die mittlerweile gegenüber den haushaltsnahen Dienstleistungen an Bedeutung gewinnen. Letztere expandieren aufgrund der einkommensbedingt langsamer steigenden Konsumnachfrage nicht mehr so stark wie zu Beginn des Transformationsprozesses (DIW et al. 1999: 69 f.).

Innerhalb des ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbes gewinnen seit 1995 solche Wirtschaftszweige an Gewicht, die eher für überregionale Märkte produzieren, während rein lokal orientierte und baunahe Zweige an Boden verlieren. So verzeichneten im Zeitraum von 1995 bis 1998 die Herstellung von Büromaschi-

Tabelle 8: Zum Strukturwandel in der ostdeutschen Industrie^a 1991–1998 (vH)

	Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate der Produktion		Struktur 1998 ^b
	1991–1995	1995–1998	
Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	14,5	33,6	101,5
Luft- und Raumfahrzeugbau	-12,4	30,0	0,3
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	5,3	16,1	2,2
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	34,0	12,7	5,8
Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	4,9	12,0	4,2
Herstellung von Gunmiwaren	11,2	9,5	0,8
Herstellung von Kunststoffwaren	29,1	8,9	3,7
Metallerzeugung und -bearbeitung	0,2	7,7	3,8
Schienenfahrzeugbau	-4,3	7,6	2,5
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	23,9	7,2	3,5
Papiergewerbe	15,9	7,2	2,0
Tabakverarbeitung	-1,8	6,8	0,2
Herstellung von Metallerzeugnissen	28,4	6,7	12,2
Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern	10,4	6,0	5,9
<i>Verarbeitendes Gewerbe insgesamt</i>	5,7	5,4	100,0
Ernährungsgewerbe	12,3	4,6	14,2
Textilgewerbe	2,1	4,5	1,9
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Bruststoffen	4,7	4,4	0,5
Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	6,6	4,2	4,1
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen	9,1	3,9	2,7
Maschinenbau	-11,1	3,2	9,2
Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	22,0	2,1	9,2
Chemische Industrie	-5,9	-1,9	8,1
Ledergewerbe	-18,1	-2,1	0,3
Schiffbau	-11,3	-6,4	0,8
Bekleidungs-gewerbe	-11,1	-8,7	0,4

^a Branchen geordnet nach der durchschnittlichen Veränderungsrate der Produktion im Zeitraum von 1995–1998. – ^b Gewichte der Branchen im Produktionsindex 1995, fortgeschrieben mit der Veränderungsrate der Produktion.

Quelle: DIW et al. (1999).

nen, der Luft- und Raumfahrzeugbau, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, die Herstellung von Kraftwagen sowie die Meß- und Regelungstechnik zweistellige Zuwachsraten in der Produktion, wohingegen Branchen wie das Ernährungsgewerbe, das Glasgewerbe und die Steine- und Erden-Industrie,

Tabelle 9: Struktur der ostdeutschen Exporte nach Absatzmärkten^a 1991–1998 (vH)

	1991	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Europa insgesamt	88	82	79	79	78	77	79
EU- und EFTA-Länder	22	34	43	49	50	49	56
darunter:							
Frankreich	5	5	8	9	8	7	8
Belgien u. Luxemburg	4	4	4	5	5	5	5
Niederlande	5	5	6	8	7	7	7
Italien	3	6	7	7	7	8	8
Großbritannien	2	3	4	4	4	5	9
Österreich	2	4	5	4	4	4	4
Übriges Europa	66	48	36	30	28	28	34
darunter:							
Polen	6	4	4	4	5	6	6
Rußland	–	24	12	9	8	9	6
Tschechische Republik	–	3	4	4	5	4	4
Afrika	2	2	2	2	2	2	2
Amerika	3	4	6	7	8	8	9
darunter:							
Vereinigte Staaten	1	2	3	4	5	5	5
Asien	7	12	13	12	11	12	10
darunter:							
China	1	3	2	3	2	2	2
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

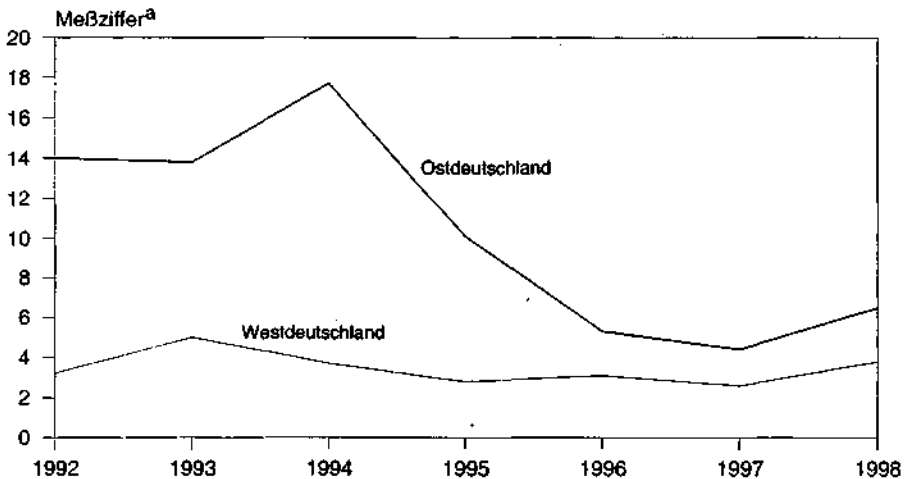
^a Warenhandel ohne Berlin (Ost).

Quelle: Statistische Landesämter.

die ihre Produktion von 1991 bis 1994 kräftig ausgeweitet hatten, unterdurchschnittlich expandierten (Tabelle 8). Hauptabsatzmärkte für ostdeutsche Exportprodukte sind derzeit die westeuropäischen Länder, die seit 1991 stark an Bedeutung gewonnen haben (Tabelle 9). Auch die Exportanteile der Vereinigten Staaten und Asiens sind spürbar gestiegen, während Osteuropa – insbesondere Rußland – seine führende Rolle als Absatzmarkt für ostdeutsche Exporte eingebüßt hat.

Alles in allem scheinen sich die Strukturen der ostdeutschen Wirtschaft allmählich an die der westdeutschen anzugleichen. Dies gilt sowohl für die Branchenstrukturen als auch für die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung. Aufgrund der ähnlichen Faktorausstattung, die langfristig eine komplementäre Arbeitsteilung zwischen den beiden deutschen Volkswirtschaften ausschließt, wäre alles andere auch verwunderlich. Die transformationsbedingten Sonderentwicklungen sind im Begriff, sich zu normalisieren – mit insgesamt negativen Wirkungen auf die Dynamik der ostdeutschen Wirtschaft. So wirkt sich vor allem die Baurezession, die vom Wachstum in der Industrie derzeit noch nicht überkompensiert wird, dämpfend auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in Ost-

Schaubild 6: Intensität des Strukturwandels im Verarbeitenden Gewerbe



^aSumme der absoluten Veränderungen der Anteile einzelner Wirtschaftszweige am Produktionsindex gegenüber dem Vorjahr.

deutschland aus, das in den letzten beiden Jahren mit Raten von knapp 2 vH erstmals seit 1991 langsamer gestiegen ist als in Westdeutschland.

Mit dem Nachlassen der transformationsbedingten strukturellen Verwerfungen hat sich das Tempo des Strukturwandels verringert. Nimmt man die Summe der absoluten jährlichen Veränderungen der Anteile einzelner Branchen an der Industrieproduktion als Maß, so wird deutlich, daß die Intensität des Strukturwandels in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre wesentlich geringer geworden ist (Schaubild 6); dennoch ist sie weiterhin höher als in Westdeutschland. Die Entwicklung der Produktion der einzelnen Wirtschaftsbereiche im Osten wird auch künftig stark vom Strukturwandel geprägt sein; konjunkturelle Einflüsse, insbesondere solche, die aus der Veränderung der Nachfrage aus dem Ausland resultieren, werden dagegen auf mittlere Sicht noch ein deutlich geringeres Gewicht haben als im Westen.

Perspektiven für den Aufholprozeß wenig günstig

Mit Blick auf die Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft stellt sich insbesondere die Frage: Kommt der Aufholprozeß bald wieder voran, oder ist er mit dem Auslaufen der transformationsbedingten Sonderentwicklungen dauerhaft ins Stocken geraten? Da Ostdeutschland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner seit 1996 gegenüber Westdeutschland an Boden verliert, scheint es durchaus Anlaß für Pessimismus zu geben. Für eine Aussage über den längerfristigen Wachstumspfad einer Volkswirtschaft, der von konjunkturellen Einflüssen abstrahiert, ist allerdings die Entwicklung des Produktionspotentials entscheidend. Diese soll im folgenden genauer betrachtet werden.

Das Produktionspotential ist eine empirisch nicht beobachtbare Größe und läßt sich nur durch geeignete Schätzansätze ermitteln (Kasten 1). Eine ähnliche Qualität der Ergebnisse wie für die westdeutsche Wirtschaft läßt sich dabei im Falle Ostdeutschlands aufgrund der gravierenden Strukturanpassungen nicht erwarten (Westermann 1995). Es werden deshalb die Ergebnisse mehrerer kapitalorientierter Schätzmethoden vorgestellt, die sich im großen und ganzen allerdings nicht gravierend unterscheiden. Demnach wuchs das Produktionspotential in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung am kräftigsten. Im Jahr 1995 kam es zu einem starken Einbruch der Wachstumsrate, die sich seither mehr und mehr an die des westdeutschen Potentials angleicht (Schaubild 7 oben). Im vergangenen Jahr war das Wachstum des Potentials in Ostdeutschland kaum noch höher als das im Westen. Ein etwas anderes Bild ergab sich für das Verarbeitende Gewerbe, das für die ostdeutsche Wirtschaft eine wichtige Rolle spielt: Hier lag die Wachstumsrate des Potentials 1998 mit knapp 10 vH fast fünfmal so hoch wie im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe.¹⁹

Aufschluß über die Ursachen des verlangsamten Wachstums seit 1995 ergibt eine Zerlegung des Potentials in seine Komponenten. Beim Ansatz über die Kapitalproduktivität ergibt sich das Produktionspotential als Produkt aus dem Kapitalstock und der potentiellen Kapitalproduktivität im Unternehmenssektor. Während das Wachstum des Kapitalstocks im ostdeutschen Unternehmenssektor mit zunehmender Annäherung der Kapitalintensität an das westdeutsche Niveau seit 1992 kontinuierlich abgenommen hat (Schaubild 7 Mitte), weist die Entwicklung der Kapitalproduktivität im Unternehmenssektor mehrere Sprünge auf. Von 1990 bis 1991 ist die tatsächliche Kapitalproduktivität in Ostdeutschland, auf der die Schätzung der potentiellen Kapitalproduktivität beruht, dramatisch gesunken (Schaubild 7 unten), was den Einbruch der ostdeutschen Produktion in diesem Zeitraum widerspiegelt. Nach 1991 schritt die Modernisierung des Kapitalstocks rasch fort, Produktionsengpässe wurden beseitigt und bestehende Anlagen effizienter genutzt, so daß es bis 1994 zu einem Ansteigen der Kapitalproduktivität kam. Das westdeutsche Niveau wurde allerdings nicht erreicht. Dies mag daran liegen, daß noch nicht alle Altanlagen aus dem Kapitalstock ausgeschieden waren; ihre vergleichsweise geringe Produktivität minderte die durchschnittliche Leistungsfähigkeit des Kapitals (Boss et al. 1996).

Seit 1995 nimmt die Kapitalproduktivität im ostdeutschen Unternehmenssektor wieder ab, wohingegen sie im westdeutschen in den vergangenen Jahren leicht gestiegen ist. Eine Ursache hierfür dürften die Überkapazitäten in der Bauwirtschaft sein, die nach der Vereinigung begünstigt von der massiven Wirtschaftsförderung entstanden sind. Nach dem Wegfall der Wohnungsbauförderung kam es seit 1995 zu starken Rückgängen in der Bauproduktion. Mit den bestehenden Kapazitäten wurde somit sehr viel weniger produziert, so daß die Kapitalproduktivität im Baubereich spürbar zurückgegangen ist. Produktionsanstiege vor allem in der ostdeutschen Industrie haben dies bislang noch nicht kompensieren

¹⁹ Die Schätzung des Produktionspotentials erfolgte mit derselben Methode wie für den gesamten Unternehmenssektor, allerdings mit Jahresdaten.

Kasten 1: Schätzung des Produktionspotentials für Ostdeutschland

Zur Schätzung des Produktionspotentials in Ostdeutschland wurden hier ausschließlich kapitalorientierte Ansätze verwendet, d.h. Ansätze, die vom Faktor Kapital als einzigem die Produktion limitierenden Faktor ausgehen. Einer dieser Ansätze ist der Ansatz über die Kapitalproduktivität, der auch vom Sachverständigenrat in seiner Potentialschätzung verwendet wird (SVR, 1998). Dabei ergibt sich das Produktionspotential aus der Summe der realen Bruttowertschöpfung der Sektoren Staat, Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, Wohnungsvermietung und private Haushalte sowie Organisationen ohne Erwerbzzweck, für die eine Auslastung von 100 vH unterstellt wird und der potentiellen Bruttowertschöpfung des Unternehmenssektors ohne Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und ohne Wohnungsvermietung. Die potentielle Bruttowertschöpfung der Unternehmen wurde als Produkt der potentiellen Kapitalproduktivität und des Kapitalstocks ermittelt: $P^* = k^* K_t$. Um die potentielle Kapitalproduktivität zu erhalten, wurde zunächst die logarithmierte tatsächliche Kapitalproduktivität auf einen Zeitrend regressiert: $\log k_t = \epsilon_0 + \epsilon_1 t$. Im Fall Ostdeutschlands führte allerdings die Annahme eines ungebrochenen Trends für den Zeitraum 1991 bis 1998 zu einem insignifikanten Ergebnis. Mit Hilfe einer Dummy-Variablen konnte ein signifikanter Trend ermittelt werden, der bis 1995 steigt und ab dann fällt. Alternativ zur Regression auf einen Trend wurde die tatsächliche Kapitalproduktivität zudem mit einem Hodrick-Prescott-Filter (HP-Filter) gefiltert. Im Anschluß wurde die potentielle Kapitalproduktivität dadurch generiert, daß die Trendkurve bzw. die HP-gefilterte Kapitalproduktivität durch denjenigen Wert der tatsächlichen Kapitalproduktivität verschoben wurde, der von seinem Trendwert am weitesten nach oben abweicht: $\log k_t^* = \epsilon_0 + \log k_t$, mit $\epsilon_0 = \max[\log k_{t_{trend}} - \log k_t]$.

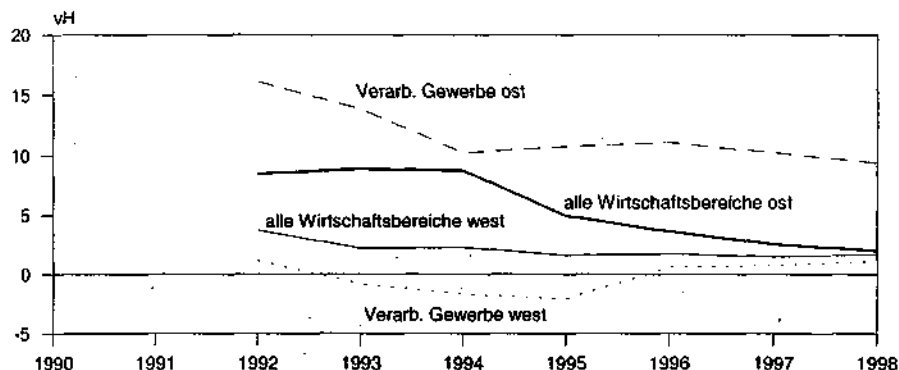
Da amtliche Zahlen zum Kapitalstock in Ostdeutschland nur bis zum Jahresanfang 1995 vorliegen, mußte der Kapitalstock für die folgenden Jahre fortgeschrieben werden. Er ergibt sich aus dem jahresdurchschnittlichen Kapitalstock des Vorjahres abzüglich der Abgänge, zuzüglich der Bruttoinvestitionen: $K_t = K_{t-1} - \delta K_{t-1} - I_t$, mit δ = Abgangsrate. Die Abgangsrate wurde anhand von Vergangenheitswerten geschätzt. Um vierteljährliche Kapitalbestände errechnen zu können, wurde angenommen, daß sich die Abgänge eines Jahres gleichmäßig auf die einzelnen Quartale verteilen. Die Zahlen zum Produktionspotential in Westdeutschland wurden dem Jahresgutachten 1998/99 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung entnommen.

Tabelle - Produktionspotential in Ostdeutschland 1991-1998

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
	<i>Ansatz über die Kapitalproduktivität mit Trend</i>							
Produktionspotential (Mrd. DM)	206,8	224,3	244,2	265,5	278,6	288,6	295,9	301,7
Vorjahresvergleich (vH)	-	8,4	8,9	8,7	4,9	3,6	2,5	1,9
Auslastung (vH)	100,8	100,0	99,6	99,6	99,5	99,4	99,1	99,6
	<i>Ansatz über die Kapitalproduktivität mit HP-Filter</i>							
Produktionspotential (Mrd. DM)	212,0	228,2	245,8	263,5	279,2	292,2	301,6	309,0
Vorjahresvergleich (vH)	-	7,6	7,7	7,2	6,0	4,7	3,2	2,4
Auslastung (vH)	98,3	98,3	99,0	100,4	99,3	98,2	97,2	97,3
	<i>Ansatz über ifo-Auslastungsgrade</i>							
Produktionspotential (Mrd. DM)	226,5	233,8	248,4	265,5	279,4	293,2	297,0	302,5
Vorjahresvergleich (vH)	-	3,2	6,2	6,9	5,2	4,9	1,3	1,9
Auslastung (vH)	92,0	96,0	98,0	99,6	99,2	97,8	98,7	99,4
	<i>Nachrichtlich: Westdeutsches Produktionspotential (gemäß Sachverständigenrat)</i>							
Produktionspotential (Mrd. DM)	2655,3	2753,9	2813,6	2876,5	2921,9	2972,2	3016,2	3066,5
Vorjahresvergleich (vH)	3,8	3,7	2,2	2,2	1,6	1,7	1,5	1,7
Auslastung (vH)	99,7	97,8	93,8	93,7	93,0	92,4	93,1	94,2

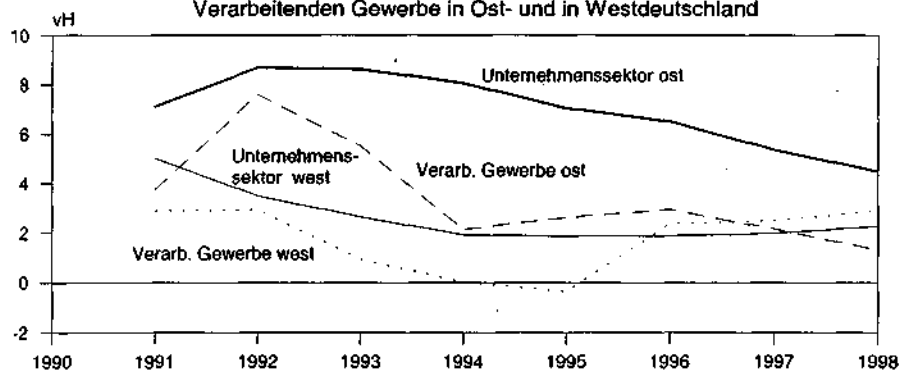
Quelle: Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg. b), SVR (1998), eigene Schätzungen und Berechnungen.

Schaubild 7: Wachstumsrate des Produktionspotentials^a in allen Wirtschaftsbereichen und im Verarbeitenden Gewerbe in Ost- und in Westdeutschland



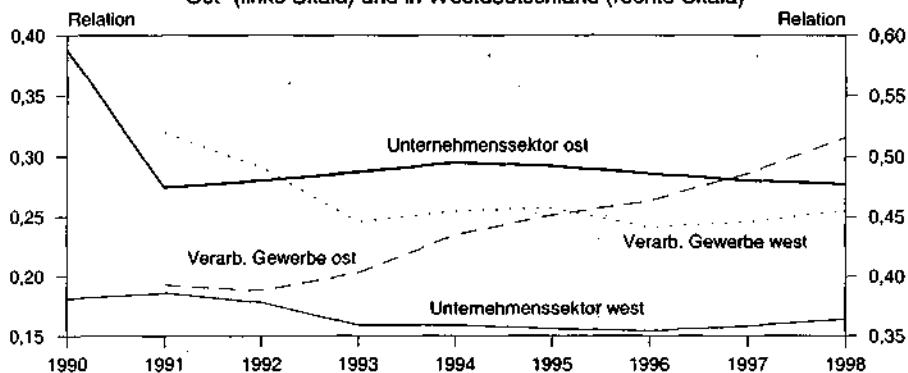
^aBasiert auf dem Schätzansatz, in dem die potentielle Kapitalproduktivität durch einen Trend ermittelt wurde.

Wachstumsrate des Kapitalstocks im Unternehmenssektor^a und im Verarbeitenden Gewerbe in Ost- und in Westdeutschland



^aOhne Wohnungsvermietung.

Kapitalproduktivität^a im Unternehmenssektor^b und im Verarbeitenden Gewerbe in Ost- (linke Skala) und in Westdeutschland (rechte Skala)



^aBruttowertschöpfung in Relation zum Kapitalstock. - ^bOhne Wohnungsvermietung.

können. Zudem ist der Modernisierungsprozeß des ostdeutschen Kapitalstocks inzwischen so weit fortgeschritten, daß sich die Zunahme der Kapitalproduktivität durch eine weitere Erhöhung des Anteils neuer Anlagen im Zuge der Investitionstätigkeit abgeschwächt haben dürfte.

Alles in allem läßt die Analyse der Entwicklung des Produktionspotentials nicht erwarten, daß es auf mittlere Sicht zu einer deutlichen Wiederbelebung des Aufholprozesses in Ostdeutschland kommt. Ein neuerlicher Investitionsboom wie zu Beginn der Transformation ist angesichts der im Vergleich zu Westdeutschland relativ niedrigen Kapitalproduktivität eher unwahrscheinlich²⁰ – zumal die steuerliche Förderung zunehmend eingeschränkt wird. Somit wird der Kapitalstock wohl kaum mehr wesentlich schneller wachsen als in Westdeutschland. Bezogen auf die Kapitalproduktivität ist ein neuer Schub durch die Modernisierung von Anlagen nicht zu erwarten. Hoffen läßt lediglich die Aussicht, daß der Schrumpfungsprozeß in der Bauwirtschaft allmählich zu einem Ende kommt und daß die Industrie weiterhin kräftig expandiert. Seit 1992 ist die Kapitalproduktivität im Verarbeitenden Gewerbe stetig gestiegen, und zwar stärker als im Westen. Das industrielle Produktionspotential ist dementsprechend deutlich gewachsen – bis einschließlich 1997 mit zweistelligen Raten. Tendenziell haben sich die Wachstumsraten aber auch in diesem Sektor abgeschwächt. Die Lücke im Produktionspotential zwischen Ost und West wird sich demnach in absehbarer Zeit wohl allenfalls in kleinen Schritten schließen.

Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt angespannt

Seit der Wende sind in Ostdeutschland knapp 40 vH aller Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Arbeitslosenquote erreichte im August 1999: 17,6 vH (Westdeutschland: 8,5 vH). Ohne die Liquiditätshilfen der Treuhandanstalt für ostdeutsche Unternehmen und ohne den massiven Einsatz beschäftigungspolitischer Instrumente wäre der Rückgang der Beschäftigung in den ersten Jahren nach der Wende wohl noch wesentlich dramatischer ausgefallen (DIW et al. 1999: 61 f.). So waren neben etwa 1 Million registrierter Arbeitsloser in den Jahren 1991/1992, auf dem Höhepunkt der Beschäftigungskrise, knapp 2 Millionen Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Umschulungsmaßnahmen untergebracht bzw. bezogen Kurzarbeiter- oder Vorruhestandsgeld (Tabelle 10). Im Juli 1999 waren es noch knapp 400 000 Personen, die mehrheitlich an beschäftigungsschaffenden und Umschulungsmaßnahmen teilnahmen; Altersübergangs- und Vorruhestandsgeldbezieher sind inzwischen fast ausnahmslos Frührentner geworden. Ein weiterer be-

²⁰ Man muß allerdings mit ins Bild nehmen, daß der Kapitalstock, aus dem sich die Kapitalproduktivität ergibt, tatsächlich kleiner sein könnte als geschätzt, da bei der Schätzung möglicherweise Anlagen berücksichtigt sind, mit denen nicht mehr produziert wird, die also nicht mehr zum eigentlichen Produktionspotential zählen. Wie groß der Anteil solcher Anlagen ist, ist nicht bekannt; es ist damit nicht ausgeschlossen, daß die Kapitalproduktivität größer ist als hier ermittelt. Zudem ist denkbar, daß in absehbarer Zukunft viele Anlagen, die derzeit Überkapazitäten darstellen, so z. B. leerstehende Bürogebäude, aus dem Kapitalstock abgehen; die Kapitalproduktivität würde sich dadurch erhöhen.

Tabelle 10: Erwerbspersonen, Erwerbstätige (Inland), Unterbeschäftigung in Ostdeutschland 1991–1998 (1000 Personen)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a
Erwerbspersonen (Inländer)	8503	7895	7693	7798	7771	7765	7766	7759
Veränderungen zum Vorjahr (vH)	–	–7,6	–2,6	1,4	–0,3	–0,1	0,0	–0,1
Erwerbstätige	7321	6387	6219	6330	6396	6267	6078	6055
Veränderungen zum Vorjahr (vH)	–	–12,8	–2,6	1,8	1,0	–2,0	–3,0	–0,4
Abhängig Beschäftigte	6950	5969	5757	5829	5881	5749	5544	5498
Veränderungen zum Vorjahr (vH)	–	–14,1	–3,6	1,3	0,9	–2,2	–3,6	–0,8
Selbständige ^b	371	418	462	501	515	518	534	557
Veränderungen zum Vorjahr (vH)	–	12,7	10,5	8,4	2,8	0,6	3,1	4,3
Unterbeschäftigungsquote ^c	2692	2988	2706	2388	2055	1975	1988	2000
Unterbeschäftigungsquote (vH) ^d	26,9	31,9	30,3	27,4	24,3	24,0	24,6	24,8
darunter:								
Registrierte Arbeitslose	931	1170	1149	1142	1047	1169	1363	1375
Arbeitslosenquote (vH) ^e	–	14,4	15,1	15,2	14,0	15,7	18,1	18,2
Beschäftigte in ABM ^f	183	388	260	280	312	278	235	310
Teilnehmer an Maßnahmen der Weiterbildung ^g (Vollzeit)	169	421	345	241	243	230	177	150
Personen im vorgezogenen Ruhestand ^h	545	808	849	648	377	215	138	96

^a Vorläufig bzw. Schätzung. – ^b Einschl. mithelfende Familienangehörige. – ^c Registrierte Arbeitslose, Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, in Fortbildung und Umschulung sowie in Deutschlehrgängen, Kurzarbeiter in Vollzeitäquivalenten, Arbeitslose nach § 105 AFG, Bezieher von Vorruhestandsgeld. – ^d Anteil der Unterbeschäftigten an der Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten. – ^e Auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen. – ^f Einschl. Beschäftigte nach § 249 h bzw. § 242 s AFG, ab April 1998 einschl. Strukturanpassungsmaßnahmen. – ^g Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung, Umschulung und Einarbeitung, ab 1998 Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung gemäß SGB-III. – ^h Einschl. § 428 SGB III.

Quelle: DIW et al. (1999), Bundesanstalt für Arbeit (1999).

deutender Entlastungsfaktor für den ostdeutschen Arbeitsmarkt ist die von 1991 bis 1998 stark angestiegene Zahl der Auspendler nach Westdeutschland (gemäß Schätzungen des IAB 1991 netto: 271 000 Personen, 1998: netto 351 000 Personen) sowie die nach der Wiedervereinigung primär aus Arbeitsmarktgründen erfolgte Nettoabwanderung von Ostdeutschen nach Westdeutschland. Von 1991 bis 1998 waren dies kumuliert knapp 400 000 Personen, darunter schätzungsweise zwei Drittel bis drei Viertel Erwerbspersonen.

Zu einem Teil war die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine zwangsläufige Konsequenz der versteckten Arbeitslosigkeit in der DDR, die zur Folge hatte, daß bereits vor der Wende die Lohnstückkosten über dem westdeutschen Niveau lagen. Aber vor allem die Lohnpolitik, die darauf setzte, den Einkommensrückstand gegenüber Westdeutschland so rasch wie möglich aufzuholen und deshalb nur wenig Rücksicht auf die geringe Leistungskraft der Unternehmen nahm, steht in der Verantwortung. Seit 1991 haben sich die Verdienste im Produzieren-

den Gewerbe und in einigen Dienstleistungsbereichen in etwa verdoppelt, wobei man berücksichtigen muß, daß sie bereits kurz vor und kurz nach dem Beginn der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion kräftig gestiegen waren. Mittlerweile erreichen sie – schreibt man die Ergebnisse der jüngsten Verdiensterhebung von 1997 fort – etwa drei Viertel des Westniveaus (DIW et al. 1999: 60).

Dem Anstieg der Löhne stand zu Beginn kein entsprechender Produktivitätsfortschritt gegenüber. Dies hatte zur Folge, daß die Lohnstückkosten im Jahr 1991 bei den ostdeutschen Unternehmen um die Hälfte höher lagen als bei ihren westdeutschen Konkurrenten. Der drastische Personalabbau, mit dem die Unternehmen auf den Lohnkostendruck reagierten, führte zwar in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zu kräftigen Produktivitätssteigerungen. Dennoch bleibt das Verhältnis der ostdeutschen zur westdeutschen Arbeitsproduktivität hinter dem Verhältnis der Verdienste zurück, so daß die Lohnstückkosten in Ostdeutschland im Jahr 1998 noch immer um ein knappes Viertel über denen westdeutscher Unternehmen lagen.

Die Aussichten für den Arbeitsmarkt bleiben verhangen. Zu Bewegungen ist es in jüngster Zeit in erster Linie aufgrund von Ausweitungen oder Einschränkungen beschäftigungspolitischer Maßnahmen gekommen. So wurden beispielsweise Ende des Jahres 1998 knapp 430 000 Personen in beschäftigungschaffenden Maßnahmen gezählt (davon über die Hälfte in ABM), das waren fast andert-halb mal so viele wie am Jahresanfang. In der Folge nahm die Zahl der registrierten Arbeitslosen deutlich ab. Seit Anfang 1999 sind die beschäftigungspolitischen Maßnahmen jedoch wieder eingeschränkt worden, und die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist in jüngster Zeit – saisonbereinigt – leicht gestiegen.

Offenbar sind in Ostdeutschland bisher zwar hochmoderne Produktionskapazitäten, aber nicht in ausreichendem Umfang Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden. So hat beispielsweise die Industrie trotz kräftig expandierender Produktion in den letzten beiden Jahren kaum zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Angesichts verhaltener Einschätzungen der derzeitigen Auftragslage ist dies auch in näherer Zukunft nicht zu erwarten. In der Bauwirtschaft werden weiterhin Überkapazitäten abgebaut, so daß die Beschäftigung hier tendenziell weiter sinken wird. Dies gilt auch für den öffentlichen Dienst, in dem die personellen Überbesetzungen im Vergleich zu Westdeutschland noch immer nicht ganz beseitigt sind.

Bezüglich der Situation auf dem Arbeitsmarkt ist allerdings nicht nur die geringe Nachfrage nach Arbeitskräften, sondern auch das relativ hohe Angebot ins Bild zu nehmen. Vor der Wende betrug die Erwerbsquote in der ehemaligen DDR rund 85 vH, in Westdeutschland dagegen nur 70 vH, was vor allem aus der deutlich höheren Beteiligung verheirateter Frauen am Erwerbsleben resultierte. Inzwischen ist die Erwerbsquote in Ostdeutschland als Folge insbesondere der höheren Bildungsbeteiligung der Bevölkerung, weniger eines verstärkten Rückzugs der Frauen aus dem Erwerbsleben, zwar zurückgegangen; sie betrug 1998 noch knapp 77 vH (Bundesanstalt für Arbeit 1999). Zudem ist auch die Anzahl der Erwerbspersonen absolut zurückgegangen. Dennoch bereitet es nach wie vor große Schwierigkeiten, das Potential am Arbeitsmarkt unterzubringen. Dazu bedarf es unter anderem einer stärkeren Lohndifferenzierung und eines Abbaus von Regulierungen auf dem Arbeitsmarkt (Soltwedel 1997).

Summary

Accelerating Production in Germany

Seasonally adjusted GDP in Germany increased at an annual rate of only 0.7 percent in the first half of 1999 after having grown at 0.5 percent in the preceding semester. Growth of actual output, thus, remained well below that of potential output. The main reason was the slump in exports which severely affected industrial production.

Acceleration of Production Expected

With the world economy recovering from last year's crises and a low external value of the Euro, the outlook for German exports has brightened considerably. Sharply rising foreign orders in manufacturing and the improved business climate index indicate that industrial production will accelerate forcefully in the following months. Apart from increases in exports, the strong expansion in the second half of this year will be supported by a surge in investment partly due to firms' efforts to cope with the year-2000-problem. Real GDP will increase by 1.5 percent in 1999. With domestic demand gaining momentum and a further strong expansion of exports, gross domestic product will increase by 2.5 vH next year.

The Federal Government's Budget Proposed: Turn-around in Expenditure Policy?

In order to reduce the budget deficit and to finance tax cuts, the federal government has decided to cut expenditures by DM 30 bill. in 2000, somewhat larger amounts in 2001 and 2002 and DM 50 bill. in 2003. For a number of reasons, however, the expenditure cuts are smaller than stated. The reference level in 2000 and in the following years is inflated. In addition, a significant share of expenditure reductions have not yet been specified and it is unclear whether the full amount will be realized. In total, general government outlays will only be reduced by DM 15 bill. in the year 2000 (0.4 percent of GDP). The budget proposal corrects the federal government's fiscal course but it is not a turn-around in expenditure policy. Under the current plan, expenditures of the federal government will increase at an average annual rate of nearly 2 percent between 2000 and 2003.

The Reform Plan for the Corporate Income Tax

The federal government has decided about the framework for a reform of corporate income taxation. Retained profits of firms are to be taxed by a rate of 25 percent plus *Gewerbeertragsteuer* and solidarity surcharge. The integration of the corporate income tax on distributed profits into the taxation of personal income is to be eliminated. Instead, half of the dividends will be subjected to the personal income tax.

The reform plan seems to be attractive on first sight. The tax burden for business income would be reduced significantly. However, the reform implies that taxes on dividends already paid at the corporate level can no longer be deducted

when calculating the personal income tax on dividends. In addition, the reform would increase the wedge between the tax rate for corporations and the personal income tax rate and, therefore, distort the allocation of capital. Its distributional consequences are also problematic as dividends of a person subject to the top income tax rate would be taxed significantly less than today whereas dividends of persons with low income would be taxed more. Finally, the differentiation of income tax rates implied by the plan are probably not compatible with the constitution. Overall, the effects of the plan on growth and employment would be limited despite the intended net reduction of the tax burden.

Ten Years After the Fall of the Berlin Wall: Perspectives for the East German Economy

Ten years after the border has been opened, the performance of the East German economy is still deficient. GDP per capita is still only half of that in the West. True, the East German convergence process progressed quite rapidly in the first part of the nineties, and the sectoral structure and the integration into international trade became more similar to the conditions in the West. Since 1996, however, income per capita has grown more slowly than in the West, and the capital equipment of East German work places is still only 60 percent of the level in West Germany.

Judged from an estimate of East German potential output, an animation of the catch-up process in the East cannot be expected in the near future. A new investment boom is unlikely as the productivity of capital is significantly below West-ern levels and subsidization via tax credits is going to be reduced further in the future. The capital stock will, therefore, not grow significantly faster than in West Germany. Another push for capital productivity as initiated by the modernisation of the old equipment in the years directly after unification is also not likely. The wedge between East and West German potential output will be closed in small steps at best over the coming years.

Literaturverzeichnis

- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (1999a). *Finanzielle Auswirkungen der Neuordnung der Familienbesteuerung, einer Reform der Unternehmensbesteuerung sowie der 2. Stufe der Öko-steuerreform*. Arbeitsunterlage, Juni. Bonn.
- (1999b). *Reform der internationalen Kapitaleinkommensbesteuerung*. Gutachten erstatet vom Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen. Schriftenreihe Heft 65. Bonn.
 - (1999c). *Volks- und Finanzwirtschaftliche Berichte. Der Finanzplan des Bundes 1999 bis 2003*. Berlin.
- Boss, A. (1999). *Zur Belastung der Arbeits- und Kapitaleinkommen in Deutschland*. Kieler Arbeits-papiere 934. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., J. Döpke, M. Fischer, E. Langfeldt und K.-W. Schatz (1996). *Aufschwung in Deutschland: Mehr Schub von der Inlandsnachfrage*. *Die Weltwirtschaft* (4): 382-406.
- Bundesanstalt für Arbeit (1999). *Arbeitsmarkt 1998. Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit*. 47. Jg. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (1999). *Monatsberichte*. August. Frankfurt am Main.

- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin) (lfd. Jgg.). *Wochenbericht*. Berlin.
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin), IfW (Institut für Weltwirtschaft, Kiel) und IWH (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1999). *Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland*. 19. Bericht. Kieler Diskussionsbeiträge 346/347. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Döpke, J. (1993). *Alternative Ansätze zur Schätzung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials*. Kieler Arbeitspapiere 591. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gerling, K. (1998). *Transfers and Transition: The Impact of Government Support on Factor Demand and Production in Eastern Germany*. Kieler Arbeitspapiere 878. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Gern, K.-J., J. Gottschalk, C. Kamps, B. Sander, J. Scheide, M. Schlie und H. Strauß (1999a). *Spürbare Belebung der Weltwirtschaft, in diesem Heft*.
- Gern, K.-J., C.-P. Meier, J. Scheide und M. Schlie (1999b). *Euroland: Geldpolitik regt Konjunktur an, in diesem Heft*.
- Greiner, U., H. Maaß und F. L. Sell (1994). „The East-German Disease“: Volkswirtschaftliche Anpassungsprozesse nach der Deutschen Einheit. *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik* 43 (3): 271–299.
- Heitger, B. (1998). *Wachstums- und Beschäftigungseffekte einer Rückführung öffentlicher Ausgaben: Eine empirische Analyse für die OECD-Länder*. Kieler Studien 291. Tübingen.
- Hummel, M., und A. Müller (1996). *Modellrechnungen zur Höhe des gesamtdeutschen Kapitalstocks und Schätzung des Produktionspotentials*. ifo Studien zur Strukturforchung Nr. 25. München.
- Kommission (Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung) (1999). *Brühler Empfehlungen zur Reform der Unternehmensbesteuerung*. Brühl.
- Müller, A. (1998). *Weiter nachlassende Investitionstätigkeit in Ostdeutschland*. ifo-Schnelldienst 51 (31): 16–19.
- Soltwedel, R. (1997). *Dynamik der Märkte – Solidität des Sozialen. Leitlinien für eine Reform der Institutionen*. Kieler Diskussionsbeiträge 297/298. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg. a). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Stuttgart.
- (lfd. Jgg. b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.
- (lfd. Jgg. c). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- (1995). *Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland*. Stuttgart.
- (1997). *Strukturdaten für die ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
- (1998). *Statistisches Jahrbuch für Deutschland*. Stuttgart.
- (1999a). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- (1999b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S. 20: Revidierte Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 1991 bis 1998*. Stuttgart.
- SVR (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1998). *Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/99*. Stuttgart.
- Wagner, F. W., T. B. Baur und D. Wader (1999). *Was ist von den „Brühler Empfehlungen“ für die Investitionspolitik, die Finanzierungsstrukturen und die Neugestaltung von Gesellschaftsverträgen der Unternehmen zu erwarten?* *Betriebs-Berater* 54 (25): 1296–1300.
- Westermann, T. (1995). *Das Produktionspotential in Ostdeutschland*. Diskussionspapier 4/95 der Volkswirtschaftlichen Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank. Frankfurt am Main.